

Bestellschein

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Zimmerstraße 15, 10969 Berlin
Fax: 030/39001-275, Telefon: 030/39001-253, E-Mail: vertrieb@difu.de

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- ___ Expl. **Entwicklungsplanung in ostdeutschen Städten – Suche nach eigenen Wegen**
von Werner Heinz, Carola Scholz
1996. Bd. 17. 296 S., 1 Übersicht. DM 53,-
ISBN 3-88118-179-2
- ___ Expl. **Flächen sparen, Verkehr reduzieren**
Möglichkeiten zur Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung
von Dieter Apel, Dietrich Henckel u.a.
1995. Bd. 16. 298 S., 17 Übersichten, 4 Tab. DM 58,-
ISBN 3-88118-182-2
- ___ Expl. **Die befragte Reform**
Neue Kulturpolitik in Ost und West
von Albrecht Göschel, Klaus Mittag, Thomas Strittmatter
1995. Bd. 15. 302 S., 87 Tab., 44 Abb., 4 Karten.
DM 56,-
ISBN 3-88118-180-6
- ___ Expl. **Städtebauliche Verträge**
Rechtliche Grundlagen, Hinweise zur Vertragsgestaltung, Regelungsbeispiele und Vertragsmuster
von Arno Bunzel u.a.
1995. Bd. 14. 210 S., 3 Abb., 6 Übers. DM 45,-
ISBN 3-88118-181-4

Materialien

- ___ Expl. **Migration und soziale Probleme**
Dokumentation eines Workshops
hrsg. von Hans Neumann, Heinz Niemann
Bd. 17/95, 127 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-202-0
- ___ Expl. **Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik**
hrsg. von Michael Bretschneider
Bd. 16/95, 114 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-201-2
- ___ Expl. **Europäische Städtenetze – ausgewählte Beispiele**
von Werner Heinz, Uwe Wiedemann
Bd. 15/95, 128 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-200-4
- ___ Expl. **Sparstrategien**
Dokumentation einer Fachtagung des Difu und der KGSt vom 15. bis 17. Mai 1995 in Berlin
hrsg. von Birgit Frischmuth
Bd. 14/95, 188 S., Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-199-7

- ___ Expl. **Regionalisierung des ÖPNV**
Übersicht über die laufenden Gesetzgebungsverfahren in den Bundesländern – Zwischenstand
von Michael Lehmbrock
Bd. 13/95, 105 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-198-9
- ___ Expl. **Kinderinteressen in der Kommunalpolitik**
Tagungsdokumentation vom 2. Mai 1994
hrsg. von Heidrun Kunert-Schroth
Bd. 12/95, 141 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-197-0
- ___ Expl. **Produzierendes Gewerbe in der Stadt**
Dokumentation eines Workshops
hrsg. von Dietrich Henckel
Bd. 11/95, 136 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-196-2
- ___ Expl. **Wasserwirtschaftspolitik in den Kommunen**
Ansätze für eine „nachhaltige Entwicklung“
Dokumentation einer Fachtagung
hrsg. von Robert Sander
Bd. 10/95, 281 S., Schutzgebühr DM 45,-
ISBN 3-88118-195-4

Umweltberatung für Kommunen – UfK

- ___ Expl. **Naturschutz**
Einführung und Wegweiser zu Adressen, Zeitschriften, Literatur
von Thomas Ranneberg, Angela Brockmann
1996, 149 S., Schutzgebühr DM 36,-
(DM 20,- für Kommunen NBL)
ISBN 3-88118-205-5

Arbeitshilfe

- ___ Expl. **AH Städtebaurecht**
Baulandumlegung
Dritte überarbeitete Auflage
von Rainer Müller-Jökel, Lothar Hecker
1995, 77 S., 26 Anlagen, Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-203-9

Archiv für Kommunalwissenschaften – AfK

- ___ Expl. **II. Halbjahresband 1995, 192 S., Einzelheft DM 64,50, ISSN 0003-9209**

Informationen zur modernen Stadtgeschichte – IMS

- ___ Expl. **Stadtgeschichte in den neuen Bundesländern**
Heft 1/96, Einzelheft DM 16,-
ISSN 0340-1774

- Bitte schicken Sie mir ein Verzeichnis aller lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei).
 Bitte senden Sie mir vierteljährlich die „berichte“ zu (kostenfrei).

Name _____

Dienststelle _____

Adresse _____

Datum/Unterschrift/Stempel _____

Difu-berichte 1/1996



Deutsches Institut für Urbanistik

Inhalt:

Flächen sparen, Verkehr reduzieren	2
Die Zukunft des Dienstleistungssektors in der Stadt	4
Telekommunikation in den neuen Bundesländern	6
Migration und soziale Probleme	9
Baulandumlegung	10
Europäische Städtenetze	11
Kommunale Arbeitszeitpolitik	12
Probleme in Stadtentwicklung und Kommunalpolitik	14
Archiv für Kommunalwissenschaften	16
Stadtgeschichte in den neuen Bundesländern	17
Sparstrategien – Dokumentation einer Fachtagung	18
Stadtmarketing – eine Bestandsaufnahme	19
Perspektiven für das Städtische – Symposium	20
Preisträger der kommunalwissenschaftlichen Prämienvorschreibung 1994	21
Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten	22
Partizipation – ein wichtiger Beitrag zum kommunalen Klimaschutz	22
Naturschutz: Einführung und Wegweiser	23
Bestellschein	24

Forschung und Dienstleistungen für die deutschen Städte



Informationen über Projekte, Veröffentlichungen und Veranstaltungen des Difu

Flächen sparen, Verkehr reduzieren

Problemstellung

Nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung der Industriegesellschaft sind gegenwärtig zentrale Begriffe der Diskussion. Wesentliche Aspekte zur Schaffung einer langfristig ökologisch verträglichen Entwicklung sind in einer veränderten Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke und in der Verkehrsentwicklung zu sehen. Sowohl für die Inanspruchnahme von Siedlungsfläche als auch für alle Spielarten des Verkehrs weisen die entsprechenden Prognosen eine weitere Zunahme aus. Diese Zunahme ist unter anderem von verschiedenen Faktoren abhängig: Ansprüche an die Flächenversorgung von Betrieben und Wohnbevölkerung, Mobilitätsansprüche, Produktionsweisen, die Ausdifferenzierung von Funktionen und ihre Mischungsverträglichkeit. Siedlungsflächeninanspruchnahme und Verkehrswachstum beeinflussen sich wechselseitig, so daß nur im Zusammenhang Lösungsansätze denkbar erscheinen. Diese müssen sich in umfassendere Reformüberlegungen eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft in den entwickelten Industriegesellschaften integrieren lassen.

Fragestellungen und Methoden

Im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen wurde das Difu aufgefordert zu prüfen, mit welchen Instrumenten ein Beitrag zu den Zielen Flächen sparen und Verkehr reduzieren geleistet werden kann. Dabei ging es darum, die wesentlichen Steuerungsinstrumente in ihrer heutigen Wirkungsweise, ihrer Koordination und ihren Vollzugsdefiziten zu analysieren. Aus den Ergebnissen sollten Schlußfolgerungen und Empfehlungen einerseits für eine *Schärfung* der Instrumente oder ihren Einsatz sowie andererseits für eine Reform der Instrumente abgeleitet werden. Dabei wurde mehr Wert darauf gelegt, ein von Denkblockaden und kurzfristigen Realisierbarkeiten befreites Konzept zu entwickeln, als die Umsetzungshemmnisse und Widerstände im einzelnen zu eruieren. Infolgedessen wird ein Instrumentenbündel vorgeschlagen, von dem ein weitreichender Beitrag zu den Zielen Flächen sparen und Verkehr reduzieren erwartet wird. Hierbei wurden jedoch die Instrumente nicht in aller Detailschärfe ausformuliert oder gar in Modellrechnungen auf die nötige Eingriffstiefe im einzelnen bewertet.

Die notwendige Breite der Analyse über eine Vielzahl von Instrumenten- und Politikfeldern machte ein qualitatives und integratives Vorgehen erforderlich. Der für notwendig erachtete transsektorale und interdisziplinäre Dialog wurde dadurch herbeigeführt, daß im Deutschen Institut für Urbanistik eine fächerübergreifende Projektgruppe gebildet wurde, die zusammen mit dem Auftraggeber in ausgewählten Instrumentenbereichen Einzelworkshops unter Hinzuziehung externer Experten unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen und unterschiedlicher Bereiche der Praxis durchgeführt hat. Behandelt wurden folgende Themen:

- Leitbilder, Planungsstrategien und organisatorische Rahmenbedingungen,
- Planungs- und Ordnungsrecht,
- fiskalische Belastungsinstrumente,
- finanzielle Förderinstrumente,
- Produktionskonzepte und Logistik.

Zentrale Ergebnisse

Die Untersuchung machte deutlich, daß eine isolierte Betrachtung von Einzelinstrumenten im Hinblick auf die Ziele der Reduzierung des Verkehrs und der Siedlungsflächeninanspruchnahme wenig weiterführend ist. Erst der interdisziplinäre Diskussionsprozeß hat es ermöglicht, eine Zusammenschau der unterschiedlichen Instrumentenbereiche und ihre Verknüpfung auf einer qualitativen Ebene voranzubringen. Bei diesem interdisziplinären Prozeß wurden auch wechselseitige Schuldzuweisungen und Erwartungswahrscheinlichkeiten zwischen verschiedenen Fachdisziplinen deutlich: Während Planungsrechtler die Lösung von steuerlichen Maßnahmen erwarteten, setzten Finanzwissenschaftler ihre Hoffnungen stärker auf das Planungsrecht. Im folgenden sollen die wichtigsten Instrumente bzw. Instrumentenbündel, die für die Ziele Flächen sparen und Verkehr reduzieren einen wesentlichen Lösungsbeitrag erwarten lassen, kurz skizziert werden:

- Als unabdingbar für die Internalisierung der externen Kosten des Verkehrs erscheint eine auf Dauer und kontinuierliche Steigerung angelegte Erhöhung der Energiepreise. Hier erscheint die Erhöhung der Mineralölsteuer als die geeignete und am einfachsten zu handhabende Maßnahme. Teilbereiche des Verkehrs werden in unterschiedlichem Maße beeinflusst. Die geringsten Auswirkungen einer Mineralölsteuererhöhung sind im Güterverkehr zu erwarten.

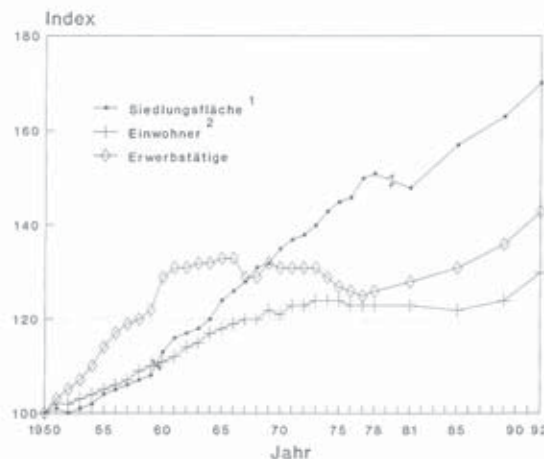
- Da die Siedlungsflächeninanspruchnahme auch in erheblichem Umfang externe Kosten erzeugt, geht es ebenso in diesem Bereich um eine Internalisierung. Bodenwerte sind – wie eine schon lange Diskussionstradition lehrt – ein Ergebnis sozialer Prozesse (und weniger die Folge der Aktivitäten eines Einzelinvestors). Vor allem Bodenwertzuwächse, die aus Aktivitäten der öffentlichen Hand resultieren, werden nicht abgeschöpft. Die gegenwärtig gültige Grundsteuer löst weder die Wertzuwachsproblematik noch die ökologischen Fragen des Flächenverbrauchs und seiner externen Kosten. Es wird daher vorgeschlagen, eine kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer einzuführen. Ein Teil der Steuer hat den Marktwert (hilfsweise gemessen anhand der Bodenrichtwerte), der andere Teil den Umfang der in Anspruch genommenen Bodenfläche zum Steuergegenstand. Beide Teile tragen auf unterschiedliche Weise dazu bei, ökonomische Anreize zum Flächensparen, zu dichterem Bebauung sowie zur Nutzung integrierter Standorte zu schaffen.

- Wachstum der Siedlungsflächeninanspruchnahme und des Kfz-Verkehrs sind durch unabgestimmtes Verhalten in der Region mit verursacht. Die Stärkung einer einheitlichen Siedlungs- und Verkehrspolitik auf regionaler Ebene erscheint daher unabdingbar. Dazu wird die Bildung kommunalverfaßter Stadtregionen vorgeschlagen. Das bedeutet: Die Stadtregionen werden durch ein direkt gewähltes Regionalparlament legitimiert und nehmen alle Aufgaben wahr, die nur oder zweckmäßigerweise regional zu lösen sind. Dafür müssen auch staatliche Aufgaben auf diese Ebene übertragen werden. Damit soll keine neue kommunale Ebene geschaffen werden, Regionen lösen vielmehr Kreise ab oder gehen aus ihnen hervor.

Die vorgeschlagenen fiskalischen Instrumente werden zu deutlich höheren Einnahmen aus diesen Steuern führen. Da es jedoch nicht Ziel einer ökologisch orientierten Reform ist, die Staatsquote zu erhöhen, geht es darum, eine Aufkommensneutralität durch Reduzierung anderer Steuern und Abgaben – etwa der Lohnsteuer oder der Lohnnebenkosten – sicherzustellen.

Die drei genannten zentralen Steuerungsinstrumente sind durch eine Vielzahl von weiteren Reformen von Instrumenten zu ergänzen. Beispiele sind die Erweiterung der Erschließungspflicht (ÖPNV), die Abschaffung der Stellplatznachweispflicht, die Reform der Strukturförderung und der Wohnungsbauförderung, die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe, die Änderung des Bundesverkehrswegeplans.

Entwicklung der Siedlungsfläche, der Einwohner- und der Erwerbstätigenzahl seit 1950 in den alten Bundesländern



51 Zwischen 1978 und 1981 Änderung der Erhebungsgrundlagen.
23 Bis 1959 ohne Berlin.

Quelle: BILR, Statistisches Jahrbuch, eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Es ist allerdings offenkundig, daß durch diese Vorschläge Interessen berührt werden, die eine kurzfristige Durchsetzung schwer möglich erscheinen lassen. Da jedoch die Debatte um die ökologische Steuerreform gerade an Fahrt gewinnt, sind Anzeichen für gewisse Reformmöglichkeiten erkennbar.

Das Projekt verdeutlichte, wie komplex die Fragestellungen allein im Hinblick auf die Ziele Flächen sparen und Verkehr reduzieren schon sind, ohne daß Auswirkungen auf andere Bereiche, wie etwa Arbeitsplätze oder den internationalen Wettbewerb, mit erfaßt werden könnten. Gleichwohl können die Ergebnisse des Projekts als ein Beitrag zur Sicherung von Freiraum und von Stadt in einem traditionell europäischen Stadtverständnis gesehen werden. Insofern ist das Projekt auch als ein Beitrag zu einer Weiterentwicklung urbaner Stadtvorstellungen zu verstehen. Selbst wenn – vor allem vor dem Hintergrund weltweiter Trends und der Zunahme des globalen Wettbewerbs – die Steuerungsmöglichkeiten als eingeschränkt zu betrachten sind, wird deutlich, wie notwendig die Ausschöpfung der vorhandenen Potentiale ist und wie groß sie andererseits sind, wenn man sie nutzen will und zu nutzen versteht.

Weitere Informationen:
Dr. rer. soc. Dietrich Henckel
Telefon: 030/390 01-292

Bestellung:
siehe Bestellschein

Die Zukunft des Dienstleistungssektors in der Stadt

Workshop im Rahmen des Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“

Dienstleistungen haben für die Volkswirtschaft – nicht nur in Deutschland – eine kontinuierlich wachsende Bedeutung. Dies ist an allen relevanten Indikatoren wie Beschäftigung/Arbeitseinsatz, Wertschöpfung oder Umsätzen ablesbar. Auch für die Zukunft ist von weiteren Anteilsverschiebungen zugunsten von Dienstleistungen und zu Lasten der Produktion auszugehen. Damit muß nicht unbedingt ein quantitatives Wachstum der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich einhergehen; auch in konjunkturellen Stagnations- oder Abschwungphasen wird der Rückgang der Beschäftigung im Produktionsbereich stärker sein als bei den Dienstleistungen.

Trotz dieser Entwicklungen und Perspektiven hat der Dienstleistungsbereich in der Wirtschafts- und Regionalforschung oder in der kommunalen Wirtschaftspolitik und -förderung bislang keine annähernd vergleichbare Aufmerksamkeit gefunden wie der produzierende Bereich.

Aus diesem Grund standen die Entwicklungen im Dienstleistungssektor und die „Tragfähigkeit“ des Dienstleistungsbereichs für die wirtschaftliche Entwicklung in den Städten im Mittelpunkt eines Workshops des Deutschen Instituts für Urbanistik am 22. und 23. Juni 1995 in Mannheim. In Verbindung von wissenschaftlicher Analyse und Erfahrungen aus der kommunalen Praxis wurden vor allem drei Aspekte vertiefend behandelt:

- Die Strukturveränderungen im Dienstleistungssektor und die Entwicklung der Dienstleistungen in den Städten,
- Flächenveränderungen und die Standortwahl im Dienstleistungssektor sowie
- die Handlungsmöglichkeiten und -konzepte der Städte.

Das quantitative Wachstum des Dienstleistungssektors wird in erster Linie durch die haushalts- und personenorientierten Dienstleistungen bestimmt. Die Wachstumsraten sind allerdings bei den unternehmensorientierten Dienstleistungen höher. Da diese aber nur etwa 20 Prozent der gesamten Dienstleistungsbeschäftigten ausmachen, wirkt sich dies in den absoluten Zahlen weniger stark aus.

Die Entwicklungen im Dienstleistungssektor sind durch zunehmende Polarisierungen gekennzeichnet, das heißt durch erhöhte Nachfrage und damit Beschäftigungswach-

tum sowohl bei den hoch wie den niedrig Qualifizierten. Vor allem durch die zunehmende Zahl niedrig qualifizierter, schlecht bezahlter Arbeitnehmer können soziale Probleme erwachsen, die häufig mit „Amerikanisierung“ der Verhältnisse umschrieben werden.

Auch bei den Dienstleistungen gibt es – ähnlich wie im produzierenden Sektor – erhebliche Rationalisierungspotentiale. Gleichzeitig ist die Tendenz zu einer „Industrialisierung“ zu beobachten, die durch Automation, Vereinheitlichung von Produkten, „Massenfertigung“ usw. charakterisiert ist. Dies führt auch zu einer teilweisen Verdrängung von personenbezogenen Dienstleistungen (im persönlichen Kontakt) durch automatisierte oder telekommunikative Prozesse.

Die wirtschaftlichen Strukturveränderungen, neue Organisations- und Managementkonzepte (wie etwa Facility-Management) und die Entwicklungen bei den Informations- und Kommunikationstechniken haben erhebliche Auswirkungen auf die Standortwahl von Dienstleistungsbetrieben und auf die Flächennutzung in den Städten. Beispielsweise nimmt die Standortwahlfreiheit von Dienstleistungsbetrieben zu. Dennoch ist eine weitere Konzentration der höherwertigen und strategischen Funktionen auf die Kerne der Agglomerationen zu erwarten.

Für die quantitative Flächenentwicklung stehen in den Städten auf absehbare Zeit ausreichend Reserven auch für qualitativ hochwertige Entwicklungen zur Verfügung (aus nicht betriebsnotwendigen Flächen der Großunternehmen und Umstrukturierungsflächen). Allerdings ist mit gegenläufigen Entwicklungen zu rechnen: Die Nachfrage nach neuen, qualitativ hochwertigen Bürogebäuden geht mit dem Leerstand vor allem älterer Bürobestände einher. „Recycling“ leerstehender Bürogebäude könnte für die Kommunen – in Zusammenarbeit mit Privaten – zu einer neuen Aufgabe erwachsen.

Die Kooperation zwischen Entwicklern, Investoren und Kommunen wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Aufgabe der Kommune könnte dabei sein, Entwickler und Investoren aus unterschiedlichen Bereichen (Büroentwicklung, Wohnungsbau) zusammenzubringen, um Konzepte der Nutzungsmischung, die durch die Spezialisierung von Investoren schwierig sind, zu fördern.

Insgesamt haben die Kommunen keine Möglichkeiten, die strukturellen Trends zu beeinflussen. Ihre Chancen bestehen jedoch darin, Voraussetzungen (Ansiedlungsbedingungen und Möglichkeiten zur Bestandsentwicklung) für eine weitere Entwicklung der Dienstleistungen, der Verknüpfung von Produktion und Dienstleistungen und der Vernetzung mit anderen kommunalen Handlungsfeldern – wie beispielsweise der Arbeitsförderung und der Sozialpolitik – zu schaffen.

Handlungskonzepte der Städte dürfen sich dabei keinesfalls nur auf die unternehmensorientierten Dienstleistungen ausrichten. Augenmerk sollte beispielsweise auch auf quartierbezogene soziale Dienstleistungen gelegt werden. Entsprechende Konzepte haben in mehrerlei Hinsicht positive Wirkungen: Sie tragen zu einer sozialen Stabilisierung in den Stadtteilen bei, sie schaffen in gewissem Umfang Erwerbsmöglichkeiten und es können Dienste bereitgestellt werden, die heute nicht mehr wie früher durch die Familien oder sozialen Netze erbracht werden.

Die Sorge vieler Städte, daß die wirtschaftliche Basis durch die Schrumpfung des produzierenden Sektors immer mehr schwindet und der – wie häufig zu Unrecht behauptet wird – „wertschöpfungsarme Dienstleistungssektor“ dieses nicht auffangen könne, ist nur teilweise begründet.

Zwar ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Produktion und Dienstleistungen schon allein deswegen wünschenswert, weil die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingun-

gen durch die positiven wechselseitigen Effekte zwischen Industrie und unternehmensorientierten Dienstleistungen gestärkt werden. Doch gilt diese Tatsache nicht im engen städtischen Zusammenhang, sondern vor allem im regionalen Rahmen (wobei „Region“ sehr weit gefaßt sein kann). Auch sind Städte denkbar, die fast ausschließlich vom Dienstleistungsbereich „leben“, wenn sich ihre funktionale Spezialisierung mit überregionalen Einzugsbereichen entsprechend ausgeprägt hat. Es gibt allerdings eine gewisse Anfälligkeit der wirtschaftlichen Basis solcher Städte, die sich in der Stabilität von Einkommenstransfers (z. B. aus Konsum, Fremdenverkehr, Sozialausgaben, Renten) und teilweise auch in den Ausgaben der öffentlichen Hand (z. B. bei Städten mit Bundes- oder Landesverwaltungen) bemerkbar machen kann.

Die Vorträge und Ergebnisse des Workshops werden in der Materialienreihe des Difu veröffentlicht. In der Publikation sind die Beiträge aller Referenten enthalten (u. a. von Hartmut Häußermann, Franz-Josef Bade und Klaus Brake) sowie Berichte aus verschiedenen Städten (Berlin, Bremen, Dresden, Hannover und Mannheim). Der Workshop gehört zu einer Folge von Veranstaltungen, die in Kooperation mit 14 Städten durchgeführt wird (vgl. auch Difu-Berichte 3/95 „Überregionale Verkehrszentralität“, 4/95 „Produzierendes Gewerbe in der Stadt“ und im vorliegenden Heft „Migration und soziale Probleme“). Auch die Ergebnisse zu den beiden weiteren Veranstaltungen zum Thema Kommunalfinanzen sowie Medien und Telekommunikation werden in der Materialienreihe veröffentlicht.

Berichtigung

In die letzte Ausgabe der Berichte hat sich leider ein Fehler eingeschlichen:

Die Studie „Regionalisierung des ÖPNV – Laufende Gesetzgebungsverfahren in den Ländern“ bezieht sich nicht, wie in dem Heft angegeben, nur auf die neuen Länder, sondern auf das gesamte Bundesgebiet.

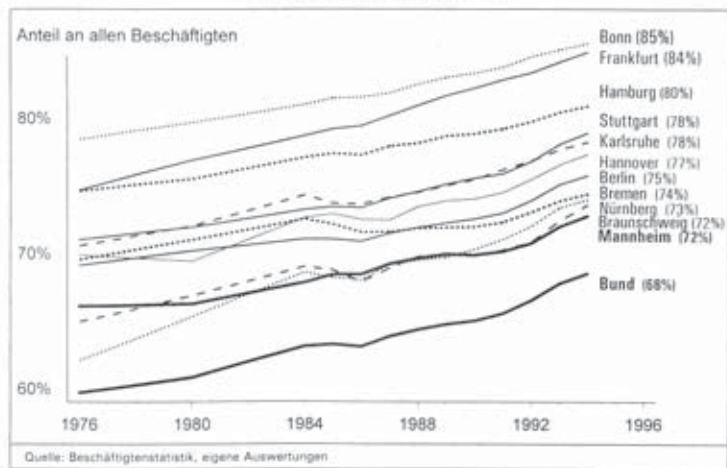
Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock
Telefon: 030/390 01-252

Bestellung:
siehe Bestellschein

Weitere Informationen:
Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/390 01-248

Bestellung:
siehe Bestellschein

Die Tertiärisierung ausgewählter Großstädte - Alle Dienstleistungsfunktionen -



Telekommunikation in den neuen Bundesländern

Betriebliche und räumliche Wirkungen seit 1990

Durch fehlende oder mangelhafte wirtschaftsnahe Infrastruktur, zu der auch die Ausstattung mit Telekommunikationsmöglichkeiten zählt, wurde die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands anfangs erheblich behindert. Mit einem großangelegten Investitionsprogramm wurde und wird die Telekommunikationsinfrastruktur in Ostdeutschland ausgebaut. Im Rahmen des Schwerpunktprogramms der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Technologischer Wandel und Regionalentwicklung in Europa“ hat das Deutsche Institut für Urbanistik zusammen mit dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) die räumlichen und ökonomischen Wirkungen der Telekommunikation (Tk) in den neuen Bundesländern am Beispiel ausgewählter Wirtschaftsbranchen in vier Fallstudienregionen untersucht: dem ländlichen Raum Waren/Neustrelitz, der Grenzregion Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt, dem Ballungsraum Leipzig und dem Industrieband Eisenach/Gotha/Erfurt/Weimar.

Telekommunikationsnetze und -dienste: Nachfrage, Ausstattung und Nutzung

In den zurückliegenden fünf Jahren hat sich das Tk-Angebot in den neuen Bundesländern entscheidend verbessert. Die Wartezeit für Unternehmen auf einen Telefonanschluß ging von mehr als 13 Monaten (1991) auf rund fünf Monate (1993) zurück. Für Betriebe, die dennoch längere Zeit ohne Telefonanschluß blieben – Anfang 1994 betraf das immerhin noch sechs Prozent der befragten Unternehmen, stellte dies jedoch eine erhebliche Behinderung bei ihrer Geschäftstätigkeit dar. Wichtig waren daher Möglichkeiten zur Überbrückung der Zeit ohne Festanschluß, beispielsweise durch finanzielle Förderung der Unternehmen bei der Nutzung von Mobilfunk oder der Anbindung an das Netz über drahtlose Leitungen.

Am schnellsten konnten die Versorgungslücken bei Telefon und Telefax geschlossen werden. Diese beiden Dienste deckten bei vielen der untersuchten Unternehmen den Tk-Bedarf auch völlig ab. Gerade bei den für die Regionalentwicklung bedeutsamen innovativen, technologieorientierten kleinen und mittleren Unternehmen und Neugründungen bestand aber häufig der Bedarf für ein anspruchsvolleres Tk-Angebot. Gleichzeitig waren in diesem Bereich aber über den gesamten Untersuchungszeitraum auch die größten Versorgungslücken festzustellen.

Betriebliche Wirkungen

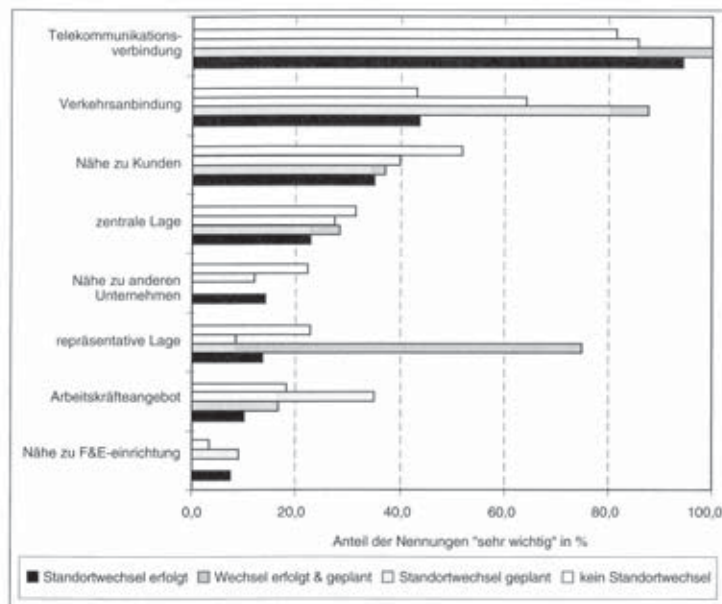
Neben den technischen und infrastrukturellen Problemen beim Ausbau wurden Betriebe in der Einführungsphase der Telekommunikation mit Schwierigkeiten konfrontiert, die überwiegend im Bereich „Kundenkontakt zur DBP Telekom“ anzusiedeln sind. Deutlich wurde dabei zweierlei:

- das Vorhandensein von offenbar nicht unerheblichen Managementdefiziten in den ostdeutschen Femmeldämtern (die ohne Zweifel eine gewaltige Infrastrukturaufgabe zu bewältigen hatten),
- die große Bedeutung informeller und direkter Kontakte zu einzelnen Mitarbeitern oder Dienststellen der DBP Telekom für eine gedeihliche Zusammenarbeit und zügige Lösung von Tk-Problemen.

Der Beitrag der Telekommunikation zur wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern hängt aber nicht allein von infrastrukturellen Voraussetzungen, sondern auch von ihrem Einsatz in der betrieblichen Praxis ab. Grundsätzlich konnten bei der Einführung neuer Tk-Technologien keine Unterschiede zwischen ostdeutschen und westdeutschen Klein- und Mittelbetrieben festgestellt werden. Es zeigte sich ein vielfältiges Spektrum an betrieblichen Hemmfaktoren, angefangen bei Technikinkompatibilitäten über fehlende organisatorische Voraussetzungen und Regularien bis hin zu sozialen Barrieren bei der Technikenutzung, wie es auch in der mittelständischen Wirtschaft der alten Bundesländer zu beobachten ist. Eindeutige Defizite wurden im Hinblick auf die Informationslage über Angebot und Möglichkeiten der Telekommunikation ausgemacht. Auch die Kosten spielten bei der Frage der Tk-Einführung eine wichtige, wenn auch selten ausschlaggebende Rolle. Es dominierte hier die Kritik an den allgemein als zu hoch angesehenen Verkehrsgebühren der DBP Telekom, aber auch beim privaten Mobilfunk.

Standortwahl und räumliche Effekte

Im Rahmen der Standortwahl von Unternehmen stellte die Tk-Versorgung zwar eine notwendige, aber nicht hinreichende Ausstattungsvoraussetzung dar, die aber in manchen Fällen den Ausschlag zugunsten eines ohnehin positiv bewerteten Standorts bewirken konnte. Die Telekommunikation hat die nachholende Suburbanisierung von Wohn- und Arbeitsstätten in Ostdeutschland nachhaltig unterstützt. Die ohnehin durch



Wichtigkeit von Standortfaktoren

Quelle: Floetig/Schütz, Telekommunikation in den neuen Bundesländern: Betriebliche und räumliche Wirkungen seit 1990, Berlin 1995

unklare Eigentumsverhältnisse, Verkehrsprobleme usw. belasteten Innenstadtlagen waren durch eine mangelhafte Tk-Versorgung zusätzlich benachteiligt.

Eine frühzeitige Versorgung der Unternehmen mit Telefonanschlüssen war abhängig von der kleinräumlichen Lage der Betriebsstandorte und den unterschiedlichen femmeldetechnischen Gegebenheiten in den einzelnen Anschlußbereichen der Ortsnetze. Besondere Gewerbefächentypen (Gewerbeparks, Technologiezentren usw.) boten in bezug auf eine frühzeitige Versorgung mit Telefonanschlüssen keinen Vorteil.

Im Gegensatz zu den Auswirkungen der Tk-Nutzung auf die räumliche Dekonzentration der eigenen Betriebsabläufe, die von den Betrieben als eher gering eingeschätzt wurden, wurden der Telekommunikation deutliche Vorteile bei der Kooperation mit anderen Unternehmen und bei der Vergrößerung des Kundeneinzugsbereichs zugesprochen. Insgesamt zeigte sich jedoch wie schon in vielen früheren Untersuchungen, daß Telekommunikation selbst unter den Knappheitsrelationen in den neuen Bundesländern kein dominanter Wirkfaktor für räumliche Prozesse ist.

Telekommunikation in den einzelnen Untersuchungsregionen

Für den Untersuchungsraum Waren/Neustrelitz läßt sich nur in Einzelaspekten (so im Mobilfunkbereich oder bei Betrieben des Fremdenverkehrssektors) eine Benachteiligung bei der Tk-Versorgung erkennen. Insgesamt muß jedoch das Bild vom durchweg chancenlosen ländlichen Raum revidiert werden.

Am Beispiel der Untersuchungsregion Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt werden die Grenzen der Einflußmöglichkeiten einer guten Tk-Infrastruktur auf die Regionalentwicklung besonders deutlich. Auch fünf Jahre nach der Vereinigung dominieren hier die Probleme der Altindustrie die Regionalentwicklung. Die vergleichsweise frühe Ausstattung mit einer guten Kommunikationsinfrastruktur hat darauf nicht einmal einen mildern Einfluss gehabt. Der modernen Tk-Technik fehlen die innovativen Anwendungen.

In der Region Leipzig zeigt sich deutlich die Divergenz zwischen dem Anspruch als ostdeutschem Tk-Vorreiter und der Wirklichkeit eines nur langsam abzubauenden Nachfrageüberhangs nach Tk-Anschlüssen, wie sie für Ballungsräume in den neuen Bundesländern typisch war.

Die Untersuchungsregion Eisenach/Gotha/Erfurt/Weimar zeigt das Bild einer sich innerhalb der neuen Bundesländer vergleichsweise dynamisch entwickelnden Wirtschaftsregion mit Reindustrialisierungsansätzen. Die Tk-Versorgung hat diese Entwicklung, trotz vorhandener Engpässe während des Untersuchungszeitraums, unterstützt.

Anwohnerparken Ruhender Verkehr in Innenstadtquartieren

Das Difu-Seminar wird aufgrund der großen Nachfrage wiederholt.

Termin: 4.–6. März 1996

Anfragen: Eva Alber
Telefon: 030/390 01-258



Quelle: Floeting/Schulz, Telekommunikation in den neuen Bundesländern: Betriebliche und räumliche Wirkungen seit 1990, Berlin 1995

Weitere Informationen:
Deutsches Institut für
Urbanistik
Dipl.-Geogr.
Holger Floeting
Telefon: 030/390 01-221

Institut für
Zukunftsstudien und
Technologiebewertung
Beate Schulz, M. A.
Telefon: 030/80 30 88-42

Bestellung:
Institut für Zukunfts-
studien und Technologie-
bewertung gGmbH (IZT)
Schopenhauerstraße 26
D-14129 Berlin
Telefax: 030/80 30 88 88

Schlußfolgerungen und Empfehlungen
Die Ausbaupolitik der DBP Telekom hat sich in den neuen Bundesländern – wie in den alten Bundesländern bisher auch – an den normativen Vorstellungen des Gemeinwohl-auftrags orientiert. Als normative Leitlinie gilt weiterhin: Bis 1997 soll die Versorgung in den neuen Bundesländern dem Standard in den alten Bundesländern weitgehend angeglichen werden. Die Liberalisierung des Tk-Marktes kann die Ziele und den planmäßigen Ausbau der Tk-Infrastruktur in den neuen Bundesländern kaum noch beeinflussen. Gleiche Ausgangsvoraussetzungen für die westdeutschen und ostdeutschen Regionen zu diesem Zeitpunkt sind schon deswegen besonders wichtig, weil infolge der Deregulierung eine Aufweichung des Prinzips flächendeckender Tk-Versorgung zu gleichen Bedingungen und Preisen zu befürchten ist. Dies könnte gerade in unter-

versorgten oder nachfrageschwachen Räumen zukünftig erhebliche Schwierigkeiten bei der Anbindung an moderne Tk-Netze bereiten.

Im Zuge fortschreitender Liberalisierung und einer zunehmenden Zahl von Tk-Anbietern muß durch geeignete Regularien sichergestellt werden, daß es nicht zu einer allein an Gewinnerwartungen orientierten „Filterierung“ des Tk-Marktes kommt: Massive Preissenkungen für Großkunden und in den Verdichtungsräumen dürfen beispielsweise nicht zu Lasten kleinerer Unternehmen und peripherer Standorte erfolgen.

Landesplanerische Vorstellungen wurden bei den Tk-Ausbaukonzepten nicht systematisch berücksichtigt. Insbesondere wurde bisher der Ausbau der Telekommunikation nicht gezielt zur Förderung benachteiligter Gebiete eingesetzt. Dennoch gingen vom Tk-Ausbau in diesen Bereichen direkte und indirekte Förderungseffekte aus.

Insgesamt jedoch erscheint zukünftig eine bessere Abstimmung der Tk-Konzepte mit den Konzepten der Landesplanung sinnvoll. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Schaffung einer Hochleistungsinfrastruktur für Telekommunikation und den in diesem Zusammenhang diskutierten Potentialen für die Regionalentwicklung. Auf kommunaler Ebene könnten sich beispielsweise „Runde Tische örtliche Telekommunikation“, an denen Betriebe, Kammern, Kommunalverwaltung und Tk-Anbieter beteiligt sind, als hilfreiches Instrument für die Ausgestaltung einer, an den endogenen Potentialen ansetzenden integrierten lokalen Tk-Politik erweisen.

Die Wünsche kleinerer und mittlerer Unternehmen im Tk-Bereich zielten insbesondere auf eine Stärkung der Bereiche Service und Beratung ab. Gerade diese Kundenklientel könnte besser mit einer *one stop agency* bedient werden, die einen zentralen Ansprechpartner für alle Tk-Fragen darstellt und den Kunden von der Auftragserteilung bis zur Auftragsabfertigung betreut. Darüber hinaus kommt es auf die Verbesserung des Anwendungs-Know-hows in den Unternehmen an, um die *Intelligenz* der Anwendungen zu erhöhen und die Technik gezielter in den Dienst der unternehmerischen Zielsetzungen zu stellen. Dies bedarf eines abgestimmteren, idealerweise hersteller-unabhängigen Beratungs- und Transferangebots für kleine und mittlere Unternehmen.

Die ausführlichen Untersuchungsergebnisse sind soeben als Werkstattbericht Nr. 26 des IZT erschienen (ISBN 3-929173-26-3).

Migration und soziale Probleme

Workshop im Rahmen des Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“

Migration und demographische Prozesse sorgen in zunehmendem Maße für Zündstoff in der öffentlichen Diskussion und auf kommunalpolitischer Ebene, weil sie räumlich und sozial selektiv erfolgen und damit in einzelnen Städten oder Stadtteilen zu sozialen Problemen führen. Diese Prozesse sind als wesentliche Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung in den Städten anzusehen. Die Kommunen stehen dabei wegen der sozialen Folgen unter großem Handlungsdruck, ohne wesentlichen Einfluß auf die Rahmenbedingungen vor allem der Wanderungsbewegungen zu haben.

Um diese Prozesse näher zu beleuchten und Ansatzpunkte für kommunale Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren, wurde im Rahmen des Difu-Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“ von der Usbeck GmbH, Leipzig, am 27./28. April 1995 ein Workshop in Magdeburg durchgeführt. Drei Schwerpunkte wurden dabei behandelt:

- die Außenwanderung und ihre sozialen Probleme,
- die groß- und kleinräumige Binnenwanderung und ihre sozialen Probleme,
- die kommunalen Handlungserfordernisse und -möglichkeiten zur Beeinflussung des Migrationsgeschehens und zur Bewältigung der Folgen.

Zwischen den Experten und den Vertretern der Kommunen bestand Einigkeit darüber, daß keine wesentlichen Veränderungen in Ausmaß und Struktur der Außenwanderung zu erwarten sind. Notwendig erscheint aber eine aktive Einwanderungspolitik, die die Zuwanderer nicht nur „verwaltet“, sondern auch Maßnahmen für ihre Integration bereithält und finanziell absichert.

Die Binnenwanderung wurde vor allem im Hinblick auf drei Aspekte dargestellt und diskutiert:

- die Wanderung zwischen alten und neuen Bundesländern,
- die interregionale Wanderung innerhalb der alten bzw. der neuen Bundesländer sowie
- die kleinräumige Wanderung (Stadt-Umland-Wanderung, innerstädtische Bevölkerungsverteilung).

Bei der Behandlung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten standen vor allem die Bedeutung sozialer Netzwerke sowie die räumliche Konzentration oder Entmischung ethnischer Gruppen im Vordergrund. Migration löst die sozialen Bezüge und führt damit zur Erosion sozialer Netzwerke. Wenn man solche Netzwerke jedoch als Bestandteil der Infrastruktur (informelle Infrastruktur) ansieht, weil sie einen Teil der sozialen Sicherheit darstellen, ergibt sich die Frage, in welcher Weise Kommunen diese stabilisieren und fördern können oder müssen. Die Frage ethnischer Konzentration in einzelnen Vierteln bleibt umstritten, weil keine Einigkeit darüber besteht, ob eher Homogenität oder eher Mischung von Quartieren die Integration begünstigt.

Die Vorträge und Ergebnisse des Workshops werden in der Materialienreihe des Difu veröffentlicht. Diese Veröffentlichung steht in einer Reihe mit den Dokumentationen der Workshopserie, die in Kooperation mit 14 Städten durchgeführt wird (vgl. Difu-Berichte 3/95 „Überregionale Verkehrszentralität“, 4/95 „Produzierendes Gewerbe in der Stadt“ und im vorliegenden Heft „Die Zukunft des Dienstleistungssektors in der Stadt“). Auch die Dokumentationen der beiden weiteren Veranstaltungen „Kommunale Finanzen“ und „Medienwirtschaft und Telekommunikation“ werden in der Materialienreihe erscheinen.



Weitere Informationen:
Dr. rer. soc. Dietrich Henckel
Telefon: 030/390 01-292

Bestellung:
siehe Bestellschein

Baulandumlegung

Difu-Arbeitshilfe in der dritten Auflage

Angesichts der starken Resonanz auf die beiden ersten Auflagen der Difu-Arbeitshilfe „Baulandumlegung“ haben die Autoren eine weitere Aktualisierung und Überarbeitung der Veröffentlichung vorgenommen: Rainer Müller-Jökel und Lothar Hecker vom Vermessungsamt der Stadt Frankfurt am Main berücksichtigten bei der dritten Auflage die aktuelle Rechtsprechung und neue Durchführungsverordnungen zum Baugesetzbuch. Grundlegend überarbeitet wurden ferner die Abschnitte „Baulandumlegung und Naturschutz“ sowie „Möglichkeiten des EDV-Einsatzes“.

Neben den verschiedenen Formen der Zuständigkeit zur Durchführung der Baulandumlegung werden in einem weiteren Abschnitt einzelne Verfahrensschritte erläutert und an einem praktischen Beispiel dargestellt. Auch die Besonderheiten bei der Durchführung von Umlegungsverfahren in den neuen Bundesländern werden eingehend behandelt.

Die Arbeitshilfe enthält neben den allgemeinen Ausführungen zum Umlegungsrecht einen aktuellen praxisorientierten Leitfaden in Form

- einer Checkliste zur Prüfung der Einsatzmöglichkeiten der Umlegung,
- zahlreicher Diagramme, Tabellen und Karten,
- zahlreicher Beispiele zu Beschlüssen, Bekanntmachungen sowie Anschreiben,
- mehrerer Vertragsmuster,
- von Kalkulations- und Berechnungsbeispielen,
- einer Auswahl höchstrichterlicher Rechtsprechung zur Umlegung sowie
- einer Begriffs- und Formelsammlung.

In den alten Bundesländern ist die Baulandumlegung ein seit Jahrzehnten bewährtes Instrument, um Bauland bereitzustellen. In vielen Städten und Gemeinden wurden damit umfangreiche Erfahrungen gesammelt: sowohl bei der erstmaligen Erschließung als auch der Neuordnung bereits bebauter oder brachliegender Grundstücke.

In der Difu-Arbeitshilfe werden die Einsatzmöglichkeiten der Baulandumlegung sowie deren Abgrenzung von anderen Instrumenten des Städtebaurechts beschrieben.

Weitere Informationen:
Vermessungsdirektor
Dipl.-Ing. Rainer Müller-Jökel
Telefon: 069/21 23 00 62
Vermessungsobererrat
Dipl.-Ing. Lothar Hecker
Telefon: 069/21 23 68 34
Stadt Frankfurt am Main

Dipl.-Pol. Beate Hoerkens
Telefon: 030/390 01-212
Deutsches Institut
für Urbanistik

Zehn Argumente, die für eine Baulandumlegung sprechen

- Die *Interessen der Allgemeinheit* und der Beteiligten an der Durchführung eines Umlegungsverfahrens sind in der Regel *gleichgerichtet*.
- Es handelt sich um ein *Verfahren des Interessenausgleichs*, bei dem die Vorteile und Lasten einer städtebaulichen Planung in geradezu idealer Weise ausgeglichen werden.
- Die hoheitliche Durchführung des Umlegungsverfahrens und die gesetzlich vorgeschriebene Bindung an den Verkehrswert garantieren die *Gleichbehandlung der Eigentümer*, so daß überzogene Forderungen einzelner Eigentümer keine Chance haben.
- Die Baulandumlegung ist das Verfahren zur Realisierung von Bebauungsplänen (bei schwierigen Eigentums- und Besitzverhältnissen) mit der *geringsten Eingriffsintensität* ins Eigentum und einer *hohen Mitwirkungsbereitschaft* der Beteiligten.
- Es handelt sich um ein sehr *elegantes und wirtschaftliches Grundstückstauschverfahren*, bei dem die Grundstücksneuordnung unter Beachtung des Grundsatzes der Eigentumsgarantie ohne Unterbrechung des Eigentums in Form von Verwaltungsakten (außerhalb des Grundbuchs) erfolgt:
 - ▲ ohne kleinteiligen Tausch von Grundstücksteilflächen,
 - ▲ ohne Vereinigung aller Grundstücke zu einem Gesamthandsgrundstück,
 - ▲ ohne zeitaufwendigen, kostenträchtigen und rechtsmittelanfälligen Zwischenerwerb,
 - ▲ ohne aufwendige privatrechtliche Begründung, Änderung und Löschung von Rechten.
- Die *Abschöpfung der umlegungsbedingten Bodenwertsteigerungen* (in Geld oder Land) kann einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des Gesamtprojekts leisten.
- Das Verfahren kann dabei im wesentlichen einvernehmlich durchgeführt werden, es kann aber auch gegen den Willen einzelner Beteiligter *durchgesetzt* werden.
- Es besteht eine *frühzeitige Bebauungsmöglichkeit* durch
 - ▲ weitgehend parallele Durchführung von Bauleitplanung und Umlegung,
 - ▲ frühzeitige Herstellung der Erschließungsanlagen durch Bereitstellung der Erschließungsflächen,
 - ▲ einvernehmliche Teilregelungen bereits vor Inkrafttreten des Bebauungsplans.
- Grundsätzlich fallen *keine Grunderwerbsteuer* und keine sonstigen Gebühren an.
- Nach Abschluß des Umlegungsverfahrens erfolgt in der Regel eine *breite Streuung des Eigentums*.

Quelle: R. Müller-Jökel und L. Hecker, Baulandumlegung, 3. Aufl., Berlin 1995.

Europäische Städtenetzwerke

Kennzeichnend für Europa ist eine große Zahl von Städten und verdichteten Bereichen. Knapp vier Fünftel der europäischen Bevölkerung leben in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern. Trotz aller, durch historische Entwicklung wie auch nationale und strukturelle Besonderheiten bedingten Unterschiede stehen diese Städte als Folge fortschreitender Internationalisierung und Europäisierung zunehmend vor ähnlichen Aufgaben. Wirtschaftsstrukturelle Veränderungen und steigende Arbeitslosenzahlen, anhaltende Wanderungsbewegungen und die Herausbildung stigmatisierter Wohnquartiere, Verkehrsprobleme, Wohnungsnot und Umweltbeeinträchtigungen führen unabhängig von vorhandenen nationalen Besonderheiten verstärkt zu ähnlichen Fragestellungen und zur Suche nach vergleichbaren Lösungsansätzen. Diese Gemeinsamkeiten gelten auch und oft in besonderem Maße für Städte mit besonderen Strukturproblemen: Konversion bisher militärisch genutzter Flächen beispielsweise oder der Rückgang dominanter Industrien wie Schiffs- oder Fahrzeugbau.

Zusammen mit der Vereinheitlichung rechtlicher Regularien und der Einrichtung übergreifender öffentlicher Förderprogramme auf EU-Ebene führen diese sich angleichenden Strukturprobleme dazu, daß sich Städte und Regionen seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre verstärkt grenzübergreifend in kurzzeitig oder längerfristig angelegten Netzwerken zusammenschließen: zum wechselseitigen Erfahrungsaustausch einerseits, zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen – insbesondere in bezug auf die Vergabe von Fördermitteln – gegenüber der europäischen Kommission in Brüssel andererseits.

Art und Umfang von EU-Fördermitteln, aber auch die dafür festgelegten Zugangswege sind für viele Städte und Gemeinden zunächst nur schwer durchschaubar. An erster Stelle stehen die sogenannten Strukturfonds – die zentralen Förderinstrumente der EU –, die etwa 30 Prozent des EU-Etats ausmachen und zur wirtschaftlichen und sozialen Annäherung der Mitgliedsstaaten sowie zur Überwindung nationaler und regionaler Disparitäten beitragen sollen. Zur Realisierung dieses übergreifenden Ziels der EU-Strukturpolitik wurden fünf, auf die Behebung spezifischer regionaler Problemlagen gerichtete Teilziele festgelegt. 90 Prozent aller Strukturfondsmittel fließen in Regionen, die diesen Zielen und ihren Kriterien entsprechen (Zielgebiete). För-

dermittel aus den Strukturfonds können von Kommunen in der Regel nur mittelbar beantragt werden.

Eine weitere Interventionsform europäischer Strukturpolitik sowie attraktive Förderquelle für kooperationsinteressierte Städte und Gemeinden stellen die Gemeinschaftsinitiativen dar, denen neun Prozent der Strukturfondsmittel zufließen.

Zusätzlich zu den genannten Mitteln und Initiativen verfügt die EU über eine Reihe von Programmen, die der Kooperation zwischen Regionen und Kommunen in EU-Staaten sowie in Mittel- und Osteuropa dienen.

In einer aktuellen Veröffentlichung des Difu werden die wesentlichen dieser, für kommunale Problemlagen und grenzübergreifende kooperative Lösungsansätze relevanten Förderinstrumente und -programme der EU dargestellt. Im Vordergrund der Arbeit stehen jedoch mit diesen Mitteln initiierte und/oder teilfinanzierte Kooperationen von Städten und Gemeinden: aufgabenbezogene Zweckbündnisse in Form sogenannter Städte-Netzwerke. Maßgebliche Kriterien für die Auswahl der vorgestellten Beispiele waren die Beteiligung deutscher Kommunen, die Ko-Finanzierung durch Mittel der Europäischen Union sowie die Verfügbarkeit verwertbarer Informationen.

Insgesamt wurden 19 Netzwerke ausgewählt: drei mit einem breiten Themenspektrum (wie z.B. EURO-CITIES), 16 mit spezifischen Themenschwerpunkten in Aufgabenfeldern wie Soziales, Umwelt, Wirtschaftsförderung oder Verkehr (stechnologie). Die Darstellung der einzelnen Beispiele orientiert sich an einem gemeinsamen, aufgrund vorhandener Informationsdefizite jedoch nicht immer gleichermaßen ausfüllbaren Gliederungsraster.

Am Ende der einzelnen Darstellungen finden sich – als Hilfe für interessierte Städte und Gemeinden – Angaben über die zuständigen Ansprechpartner sowie weiterführende einschlägige Veröffentlichungen (i. d. R. von seiten der Europäischen Kommission).

Abgeschlossen wird die Arbeit mit einer tabellarischen Zusammenstellung aller dargestellten Netzwerke und ihrer jeweiligen Kooperationspartner (Städte und Regionen), die eine Über- und Unterrepräsentanz einzelner EU-Staaten, aber auch einiger Städte deutlich werden läßt.

Neuveröffentlichung mit ausgewählten Beispielen

Weitere Informationen:
Dr. phil., Dipl.-Ing.
Werner Heinz
Telefon: 0221/37 71-143

Bestellung:
siehe Bestellschein

Kommunale Arbeitszeitpolitik

Veränderte Arbeitszeiten und kommunale Handlungsmöglichkeiten

Neues Projekt zum Thema Kommunale Arbeitszeitpolitik

Die Flexibilisierung von Arbeits- und Betriebszeiten ist wichtig für die Sicherung von Arbeitsplätzen, den Erhalt der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland sowie die Verbesserung der Servicequalität von Unternehmen und öffentlichen Institutionen. Die Auswirkungen, die solche Veränderungen auf das soziale Leben (welchen Aufwand beispielsweise Arbeitnehmer betreiben müssen, um ihre Arbeitszeit, Freizeit und soziale Zeit zu koordinieren) und auf die Handlungsnotwendigkeiten der Kommune (welche Anforderungen sich etwa für die Koordination von Öffnungs- und Servicezeiten ergeben) haben, werden bei der Planung bisher nur ungenügend berücksichtigt.

Die Bedeutung des Faktors Zeit und damit, die Relevanz des Themas „Zeitpolitik“ dringt zunehmend ins öffentliche Bewußtsein. Kommunale Zeitpolitik ist dagegen ein in Deutschland weitgehend unterentwickeltes Gebiet kommunaler Politik – im Gegensatz etwa zu Ansätzen in italienischen Kommunen. Aus den vielfältigen Aspekten, die mit der Entwicklung einer kommunalen Zeitpolitik verbunden sein können, werden für das vorliegende Projekt drei Aspekte in den Mittelpunkt der Analyse gerückt, die der Ableitung von Handlungsempfehlungen dienen sollen:

- die Arbeitszeitgestaltung der Kommunen für die kommunalen Beschäftigten (Kommune als Arbeitgeber und Tarifpartner),
- die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Betrieben und Kommunen zur vertraglichen Gestaltung von Arbeits- und Betriebszeitveränderungen in der Privatwirtschaft im Hinblick auf die Sozial- und Umweltverträglichkeit sowie auf die Auswirkungen auf Wirtschaftlichkeit und städtischen Rhythmus (Kommune als Netzwerkpartner – interaktiv, antizipativ),
- die Reaktionsmöglichkeiten der Kommunen zur Sicherung der Verträglichkeit in Fällen, in denen bei Arbeits- und Betriebszeitveränderungen keine Kooperation mit Betrieben erfolgt (Kommune als Netzwerkpartner – reaktiv).

Für alle drei Aspekte kommunaler Zeitpolitik wird deutlich, daß Zeitstrukturveränderungen zu erheblichem Folgen führen können für

- die Organisation städtischen Lebens, die städtischen Rhythmen,
- die Chancen einzelner Beschäftigtengruppen, am städtischen Leben teilzunehmen, also die Möglichkeit, (städtische) Dienste und Angebote in Anspruch nehmen zu können oder sich kommunalpolitisch zu betätigen,
- die Lebensqualität, die durch die Abstimmung unterschiedlicher Rhythmen aufeinander (z. B. Arbeitszeiten, Öffnungszeiten, natürliche Rhythmen) in den Städten wesentlich beeinflusst wird,
- die kommunalen Handlungsnotwendigkeiten und die kommunale Handlungsfähigkeit.

Alle drei Aspekte kommunaler Zeitentwicklung und -politik sind wenig untersucht. Die Kommunen fangen erst an, die Bedeutung eigener Arbeitszeitpolitik zu erkennen und sich der Folgen privatwirtschaftlicher Arbeits- und Betriebszeitveränderungen für kommunales Handeln und die städtische Lebensqualität stärker bewußt zu werden. Auch die Privatunternehmen haben bislang die Folgen neuer Arbeits- und Betriebszeitmodelle für städtisches Leben, städtische Rhythmen, und damit einen wesentlichen Aspekt der Lebensqualität ihrer Beschäftigten, selten berücksichtigt. Eine angemessene Reaktion der Kommunen, etwa die Sicherstellung der ÖPNV-Bedienung, wurde meist einfach vorausgesetzt.

Aufgabe des Projekts ist es, diesen Aspekten kommunaler Arbeitszeitpolitik intensiver nachzugehen. Dazu ist es zunächst erforderlich, vorhandene zeitliche Strukturen und Handlungsansätze empirisch zu erfassen und zu bewerten. In einem zweiten Schritt sollen aus dem Vergleich der unterschiedlichen Strukturen und Prozesse und ihrer Bewertung Handlungsempfehlungen sowohl für die Kommunen wie auch für die Betriebe abgeleitet werden.

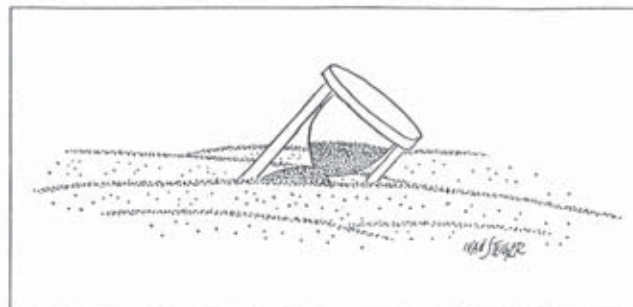
Die Untersuchung wird auf der Basis mehrerer vergleichender Fallstudien in unterschiedlich strukturierten Städten durchgeführt.

Der vorgesehene Vergleich mehrerer Beispielstädte hinsichtlich der Organisation der Arbeitszeiten der jeweiligen Beschäftigten kann offenlegen,

- welche Möglichkeiten unterschiedlicher zeitlicher Organisation für gleiche Aufgabenbereiche bestehen,
- welche Folgen dies für die Beschäftigten in den einzelnen Bereichen hat (etwa hinsichtlich des Ausmaßes von Schichtbetrieb, der Teilhabechancen am öffentlichen Leben, der Zeitautonomie und Lebensqualität der kommunalen Bediensteten),
- welche Folgen unterschiedliche Zeitorganisationen für Effizienz und Qualität der Leistungen und damit auch für den kommunalen Haushalt haben,
- welche Verbesserungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine ausgewogene Verfolgung der Ziele
 - ▲ der Beschäftigten – Zeitautonomie, Teilhabechancen und Lebensqualität – bzw.
 - ▲ der Kommune – Wirtschaftlichkeit, Steuerbarkeit, Sozialklima – bestehen.

Ein Vergleich mehrerer Beispielstädte, in denen in den letzten Jahren private Betriebe deutliche Umstrukturierungen ihrer Arbeits- und Betriebszeitorganisation vorgenommen haben, wird im Hinblick auf die Folgen für die Kommunen deutlich machen,

- wie sich durch betriebliche Arbeitszeitveränderungen städtische Rhythmen verändert haben,
- wie sich die Teilhabechancen der Beschäftigten, ihre Zeitautonomie, ihre Lebensqualität gewandelt haben,
- welche Folgen sich für die Arbeits- und Betriebszeiten städtischer Dienstleistungsbereiche ergeben (beispielsweise hinsichtlich der Organisation des ÖPNV, der Veränderung von Öffnungszeiten, der Verkehrsregelung),
- welche Kooperationsformen zwischen Unternehmen und Kommunen zur vertraglichen Bewältigung von zeitlichen Umstrukturierungen bislang bestehen (Hypothese: keine),
- welche Verbesserungsmöglichkeiten vorhanden sind und welche Handlungsoptionen den Kommunen zur Beeinflussung betrieblicher Arbeitszeitpolitik offenstehen.



Ein Vergleich der Reaktionen der Städte auf betriebliche Zeitveränderungen würde erkennbar machen,

- wie die Veränderungen in den Kommunen wahrgenommen werden, welche Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung für Zeitorganisation und welche internen Kooperationen bestehen,
- welche Anpassungen an betriebliche Zeitveränderungen geleistet oder nicht geleistet werden und welche Friktionen durch unabgestimmtes Verhalten entstehen,
- welchen Aufwand solche Anpassungsleistungen für die Kommunen erfordern, welche Folgekosten durch unabgestimmte betriebliche Zeitpolitik auf die Kommune abgewälzt werden,
- wo Verbesserungs- und Einsparpotentiale liegen (womit auf die aktive Rolle der Kommune als Gestalter von Zeitpolitik zurückverwiesen wird).

Seneca:
Es ist nicht wenig Zeit,
was wir haben, sondern es ist viel,
was wir nicht nutzen.

Die Arbeits- und Betriebszeiten sind wesentliche Taktgeber für städtische Rhythmen. Daher erscheint eine Vernachlässigung der Bedeutung der Zeitpolitik für die eigenen Beschäftigten sowie die geringe Kooperation zwischen Kommunen und Betrieben, gerade vor dem Hintergrund der obengenannten Ziele, als ein großes Defizit. Vor allem internationale Erfahrungen zeigen, daß mit dem weiteren Vordringen flexibler Arbeitszeiten und den finanziellen Restriktionen der Kommunalhaushalte kommunale Zeitpolitik an Bedeutung gewinnen dürfte.

Die Untersuchung wird Anfang 1996 beginnen und soll im Herbst 1997 abgeschlossen sein. Als Fallstudienstädte werden Karlsruhe und Wolfsburg sowie nach Möglichkeit eine Stadt aus den neuen Bundesländern einbezogen.

Weitere Informationen:
Dr. rer. soc. Dietrich Henckel
Telefon: 030/390 01-292
Dipl.- Geogr.
Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/390 01-293

Problemkonjunkturen in Stadtentwicklung und Kommunalpolitik

Problemkonjunkturen 1979 bis 1995 in ausgewählten Bereichen

1995 wurde zum 17. Mal die alljährliche Difu-Städteumfrage zu den jeweils aktuellen Problemen der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik durchgeführt. Die Befragung richtet sich traditionell an das Panel der Mitglieder der „Fachkommission Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages, zusätzlich werden die „Ansprechpartner“ aus den Difu-Städten der neuen Bundesländern sowie die Mitglieder der Dienststellen der Stadtentwicklungsplanung des Städtetages Nordrhein-Westfalen in die Befragung einbezogen. Die zentrale Frage lautet: „Bitte skizzieren Sie in Kurzform bis zu sechs Probleme mit besonderem Handlungsdruck für Rat und Verwaltung“. Im Jahr 1995 beteiligten sich 80 von 92 angeschriebenen Städten an der Difu-Umfrage.

Mit welcher „Problem-Hypothek“ beginnen die Städte das Jahr 1996? Welche „Problemkonjunkturen“ lassen sich im Zeitablauf beschreiben? Über diese Fragen soll hier in Kurzform berichtet werden. Die Langfassung der Befragungsergebnisse einschließlich der von den Städten gegebenen Hinweise auf Problemlösungen, die für den interkommunalen Erfahrungsaustausch von Bedeutung sind, ist in der Materialienreihe des Difu veröffentlicht worden.

Problemschwerpunkte 1995

Die Städte der alten und neuen Länder setzen deutlich unterschiedliche Akzente bei der Beschreibung ihrer Hauptprobleme: In den Städten der alten Länder werden die Themen Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsreform mit Abstand als am wichtigsten angesehen. Auf diese Bereiche entfallen allein über 30 Prozent der Antworten. Es folgen mit jeweils etwa zehn Prozent die Bereiche „Kommunale Verkehrsprobleme“ und „Kommunale Wirtschaftsförderung/Arbeitsmarkt“. Hierfür ist bestimmend, daß das Problem der Arbeitslosigkeit mittlerweile auch von Städten genannt wird, die nicht zum engeren Kreis der traditionell vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffenen Städte der Montanregionen gehören. Arbeitslosigkeit wird zunehmend von Städten als dringendes Problem genannt, die in bisher als begünstigt geltenden Regionen des Südens und Südwestens liegen.

Im Vergleich dazu werden Probleme im Bereich des Wohnungsmarktes '95 etwas geringer bewertet. Sie gehören in den Großstädten der Verdichtungsregionen zwar nach wie vor zu den Hauptproblemen, in Regionen mit Verdichtungsansätzen oder im ländlichen Bereich hingegen werden sie nicht genannt. Man könnte daher von einem regional gespaltenen Wohnungsmarkt sprechen.

Die Difu-Städte der neuen Länder nennen als Hauptprobleme Arbeitslosigkeit und ihre Folgen. Sie weisen darauf hin, daß es sich hierbei um das „Schlüsselproblem“ der kommunalen Entwicklung auch in zahlreichen anderen Bereichen handelt. In vielen Städten sind die Erwartungen zurückgegangen, die beispielsweise in die Ausweisung von Gewerbegebieten gesetzt worden sind, da die erhofften Betriebsansiedlungen nur teilweise stattgefunden haben. Von einigen Städten wird hingegen hervorgehoben, daß ihre Ansiedlungspolitik durchaus erfolgreich war, weswegen bereits Erweiterungen notwendig sind (Problemlösungen). Darin kann ein Hinweis auf das für Städte der neuen Länder Typische in der gezeichneten Problemlandschaft gesehen werden: Stärker als in den Weststädten besteht gleichzeitig Problemdruck in den verschiedensten kommunalen Handlungsfeldern bei hoher wechselseitiger Abhängigkeit der zu lösenden Aufgaben. Hierzu zählen die Verkehrsprobleme, die sich aus der rapiden Zunahme des Individualverkehrs ergeben, die Notwendigkeit der kurzfristigen Erarbeitung städtebaulicher Planwerke, die Probleme im Bereich des Wohnungswesens, etwa bei der Arbeit der Wohnungsbaugesellschaften, die Entwicklung der Innenstädte mit Einzelhandelspotentialen, die durch großflächige Ansiedlungen an den Stadträndern geschwächt wurden, oder die in zahlreichen Städten in Angriff genommene Aufgabe der Stadterneuerung.

Insgesamt ist die in Oststädten neu eingerichtete kommunale Selbstverwaltung einer harten Bewährungsprobe ausgesetzt, während sie sich in den Weststädten gegen schwierige finanzielle Restriktionen zu behaupten hat, die ihre Handlungsspielräume begrenzen.

Problemkonjunkturen 1979 bis 1995

In begrenztem Umfang können die Ergebnisse der Difu-Umfragen zur Bildung von Zeitreihen benutzt werden. Das Schaubild zeigt an ausgewählten Problemereichen die langfristige Veränderung ihrer Bewertung nach Rangplätzen in den Städten der alten Länder.

Zunächst kann mit der Darstellung die Vermutung widerlegt werden, daß Haushalts- und Finanzprobleme in einer Art der *Dauerklage* herausgestellt würden. Der Verlauf der Kurve mit ihrer großen Schwankungsbreite zeigt längere Perioden der Entspannung in diesem Bereich, dem dann um so auffälliger der Aufstieg zum Spitzenproblem in den vergangenen fünf Jahren folgt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der Praxis ein enger Zusammenhang zu den ebenfalls in diesem Bereich enthaltenen Nennungen zur neueren Aufgabe der Verwaltungsreform hergestellt wird.

Nahezu linear werden hingegen kommunale Verkehrsprobleme auf einem der ersten drei Rangplätze eingestuft, die offenbar immer „Konjunktur“ zu haben scheinen. Im vergangenen Jahr lag der Schwerpunkt bei der Frage der Regionalisierung des ÖPNV.

Auch das Wohnungswesen gehört zu den langfristig herausgestellten Problembereichen, jedoch schwankt seine Bedeutung innerhalb einer größeren Spannweite. Den Rückgängen in den letzten Jahren entspricht, daß in den Nennungen der Druck zur Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern nachgelassen hat. Außerdem zeigt die Aufschlüsselung der Befragungsergebnisse nach den Städte- und Regionentypen der BfLR, daß Großstädte in Verdichtungsräumen nach wie vor Wohnungsprobleme auf die vorderen Rangplätze setzen.

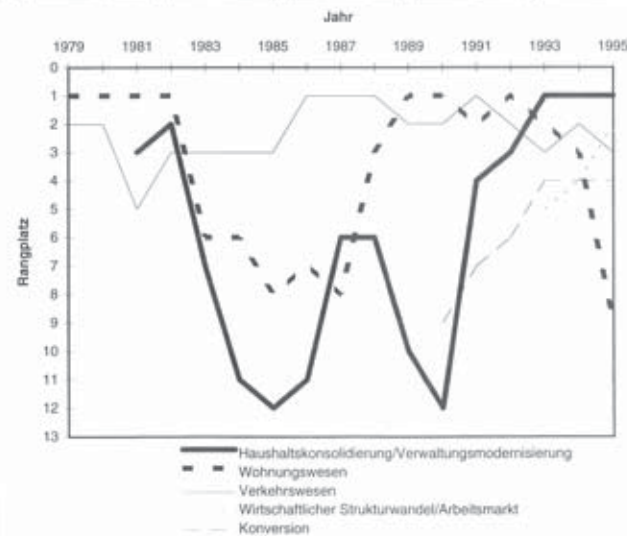
Seit 1993 wird die Kommunale Wirtschaftsförderung zunehmend als Problembereich genannt. Sie wird auf die Aufgabe der Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit zugespielt, die in einigen Weststädten inzwischen über der ostdeutscher Städte liegt.

Insgesamt ist zu berücksichtigen, daß diesen Ergebnissen keine „objektiven“ Zahlen, sondern die subjektiven Bewertungen von Mitarbeitern zugrunde liegen, die im Bereich der Stadtentwicklungsplanung tätig sind. Das Difu richtet sich mit seiner Befragung bewußt an diese Zielgruppe, da für sie in besonders ausgeprägter Weise eine ressortübergreifende Problemwahrnehmung typisch ist.

Seit zwei Jahren wird in der Difu-Erhebung zusätzlich nach „Problemlösungen“ gefragt, die nach Meinung der Befragten für den interkommunalen Erfahrungsaustausch von Bedeutung sind. Die gewonnenen Ergebnisse zu dieser Frage werden nicht nur in der Arbeit des Difu verwertet, sondern stehen darüber hinaus der interessierten Fachöffentlichkeit in Form einer „juryfreien“ Dokumentation als Teil der veröffentlichten Befragungsergebnisse zur Verfügung.

Konjunkturen ausgewählter Problemgruppen 1979-1995 (alte Bundesländer)

Jahr	Haushaltskonsolidierung/ Verwaltungsmodernisierung	Wohnungswesen	Verkehrswesen	Wirtschaftlicher Strukturwandel/ Arbeitsmarkt	Konversion
1979		1	2		
1980		1	2		
1981	3	1	5		
1982	2	1	3		
1983	7	6	3		
1984	11	6	3		
1985	12	8	3		
1986	11	7	1		
1987	6	8	1		
1988	6	3	1		
1989	10	1	2		
1990	12	1	2		9
1991	4	2	1		7
1992	3	1	2		6
1993	1	2	3	5	4
1994	1	3	2	4	4
1995	1	9	3	2	4



Quelle: Difu-Städteumfragen, 1995



Weitere Informationen:
Dr.-Ing., Dipl.-Volksw.
Michael Bretschneider
Telefon: 030/390 01-281

Bestellung:
siehe Bestellschein



Archiv für Kommunalwissenschaften

Neuer
Halbjahresband
erschienen

Verwaltungsmodernisierung zählt seit längerem zu den Aufgabenfeldern, in denen kommunalpolitisches Handeln vordringlich gefordert ist. Unter dem Diktat der leeren Kassen hat sie einen zusätzlichen Auftrieb erfahren, da sich Städte und Gemeinden von ihr günstige Auswirkungen auf die Lage ihrer Finanzen erhoffen. Die vom Deutschen Institut für Urbanistik betreute Zeitschrift „Archiv für Kommunalwissenschaften“ beteiligt sich an der Verwaltungsreformdiskussion in ihrem neuen Halbjahresband II/95 gleich mit zwei wichtigen Beiträgen. Ausgewiesene Experten melden sich zu Wort; durch ihre teilweise unterschiedlichen Bewertungen der vielfältigen Reformbemühungen eröffnet sich für den Leser ein äußerst anregender Zugang zum Thema.

Verwaltungsmodernisierung durch „Neue Steuerung“?

Helmut Klages

Die deutsche Verwaltung steht gegenwärtig unter einem tiefgreifenden Veränderungsdruck, der breit angelegte Reform- und Modernisierungsanstrengungen erzwingt. Auf die damit verbundene komplexe Problematik wird zur Zeit überwiegend mit einem einzigen Modernisierungskonzept kompakter Natur, mit dem *Neuen Steuerungsmodell* der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt), geantwortet. Die Analyse dieses auf dem Grundprinzip des Managementzyklus aufbauenden Modells zeigt nichtsdestoweniger, daß es nach den verschiedensten Richtungen hin problem-lösungsfähig ist – vorausgesetzt, bestimmte *Erfolgsfaktoren* sind gewährleistet. Zu diesen Faktoren zählen etwa die Qualität des Veränderungsmanagements und des Personalmanagements oder die Wahl der richtigen Einstiegsstrategie. Ein Erfolg ist aber auch davon abhängig, daß der den politischen Entscheidern und den Führungskräften der Verwaltung zugemutete dramatische Rollenwechsel gelingt.

Über kommunale Organisationspolitik

Eberhard Laux

Der Autor sieht in der gegenwärtigen Ausrichtung der kommunalen Verwaltungen auf eine möglichst ökonomische Arbeitsweise unüberschaubare Defizite. Das „*Neue Steuerungsmodell*“, das deutliche Verwandtschaft mit dem international diskutierten „*new public management*“ aufweist und mit dessen Einführung die KGSt eine radikale Behebung der Mängel der überkommenen Verwaltung erreichen will, ist,

so der Autor, in seinen Auswirkungen auf Grundpositionen der kommunalen Selbstverwaltung nicht ausreichend durchdacht. Laux fordert deshalb eine politische Diskussion über die künftige Rolle der Gemeinden in unserem Staat.

Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa

Gerd Albers

Der Autor untergliedert die Entwicklung der Stadtplanung in Europa in vier Zeitabschnitte und analysiert die Phasen dieses Prozesses:

- die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der es zu ersten Bemühungen um eine Steuerung der Stadterweiterungen kommt, die in den rasch wachsenden Städten erforderlich werden,
- die ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, in denen sich der Berufsstand des Stadtplaners herausbildet und auf ersten Kongressen sowie mit Ausstellungen und mit Vereinigungen in Erscheinung tritt,
- die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen mit den wachsenden Bemühungen um eine systematische Durchdringung der Stadtplanung und den Anfängen der Regionalplanung,
- schließlich die Nachkriegszeit, geprägt durch den nationale Grenzen überschreitenden Wandel im Planungsverständnis: von der *Machbarkeitseuphorie* zur Deregulierung, von der Zukunftsgläubigkeit zu Nostalgie und Skepsis.

Kommunale Gebühren als Mittel der Umweltpolitik

Erik Gawel

Neben Umweltsteuern und Umweltsonderabgaben sind grundsätzlich auch kommunale Gebühren als ökonomischer Hebel der Umweltpolitik vorstellbar. Eine finanzwissenschaftliche Analyse zeigt jedoch, daß internalisierende Zwecke (Einbeziehung sozialer Kosten in die Entgeltbedarfsrechnung) im Gewande kommunaler Vorzugskosten nicht adäquat wahrgenommen werden. Dennoch bleiben den Kommunen weite Spielräume für umweltpolitisch lenkende Maßnahmen. Einer Instrumentalisierung der Gebühren für eine kommunale Ökologienpolitik stehen eher andere Gründe entgegen: rechtliche Bedenken, das länder-spezifische Kommunalabgabenrecht oder auch die Zurückhaltung der Kommunalpolitiker.

Eigendynamik und politische Steuerung im Prozeß ostdeutscher Kreisgebietsreformen

Albrecht Frenzel

Die Kreisgebietsreformen in Brandenburg und Sachsen lassen unterschiedliche Verlaufsmuster erkennen: In Brandenburg war eine *Reform von oben* möglich, die zu relativ stabilen Ergebnissen führte, während in Sachsen eine *Reform von unten* angestrebt wurde, die vergleichsweise instabile Resultate erbrachte. Der Autor zeigt

die Wechselwirkungen zwischen landes-spezifischen Entscheidungsstrukturen, -stilen und -normen auf und kommt schließlich zu einigen allgemeinen Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Möglichkeiten politischer Steuerung von Verwaltungsreformen.

Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie die laufend geführte Bibliographie neuerschie-nender kommunalwissenschaftlicher Literatur runden den neuen Halbjahresband ab.

Weitere Informationen:
Dr. phil. Christian Engeli
Telefon: 030/390 01-249

Stadtgeschichte in den neuen Bundesländern

Gleich nach der Wende war in den „*Informationen zur modernen Stadtgeschichte*“ in einem Themenheft zur „*DDR-Stadtgeschichte*“ ein Rück- und Überblick aus der Feder beteiligter Historiker über die zurückliegende Zeit versucht worden. Fünf Jahre sind seither vergangen; ein Wandel hat stattgefunden, der gleichermaßen durch Kontinuität und Neubeginn geprägt ist. Der Zeitpunkt für eine erste kleine Zwischenbilanz erscheint plausibel. Die Redaktion war wie vor fünf Jahren bemüht, dafür nach Möglichkeit autochthone Beiträge zu gewinnen. Ganz ist es ihr nicht gelungen; unter den Autoren findet sich auch der eine oder andere „*Neubürger*“ – auch dies gehört zum Thema.

Die Beschäftigung mit der Stadtgeschichte steht in den neuen Bundesländern einerseits in einer langen Tradition landes- und heimatgeschichtlicher Forschung, die niemals völlig unterbrochen war; sie bedeutet andererseits aber nach der Wende auch Überwindung und Aufarbeitung von vier Jahrzehnten Instrumentalisierung durch den „*Arbeiter- und Bauernstaat*“. Denn der hatte im Zuge seiner Konsolidierung mit den herkömmlichen Organisationsformen der Stadtgeschichte Schluß gemacht. Die vielen stadgeschichtlichen Vereine mit ihrer langen, fruchtbaren Tätigkeit wurden aufgelöst, weil sie nicht in die Struktur einer konstruierten und kontrollierten sozialistischen Gesellschaft paßten. Als Ersatzorganisation für jede Form geistiger und kultureller Betätigung auf gemeinschaftlicher Grundlage diente der Kulturbund, der auf zentraler, Bezirks- und Kreisebene von zuverlässigen SED-Funktionären „*angeleitet*“ wurde, der in den Arbeitsgemeinschaften an der Basis aber doch auch „*Spielraum für sachliche Arbeit und ermunternde Gemeinsamkeit Gleichgesinnter bot*“ – so der Autor des einleitenden Beitrages im neuen

Themenheft, *Karlheinz Blaschke*, Professor für Sächsische Landesgeschichte an der TU Dresden.

Eine in 40 Jahren aufgebaute, penetrant eingehämmerte Geschichtsauffassung hatte ihre Nachwirkungen. Doch das Wissen um die sachlich orientierte Arbeit an der Geschichte war nicht gänzlich verschüttet – vor allem nicht bei der älteren Generation, deren Geschichtsbild nicht allein durch die DDR-Zeit vermittelt war. Überall regten sich bodenständige und heimatbewußte Kräfte, um mit ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und ihrem Einsatz Neues aufzubauen und an alte Traditionen anzuknüpfen. Kennzeichnend sind die in den letzten Jahren in vielen Städten neu gegründeten alten Geschichtsvereine. Sie bilden nun mit ihren regelmäßig erscheinenden Jahrbüchern und Vereinsmitteilungen, mit Arbeitskreisen und Vortragsveranstaltungen wichtige Kristallisationspunkte für die Pflege der Stadtgeschichte.

Weitere Stützpunkte sind die städtischen Archive und Museen, deren Profil sich unter den neuen Bedingungen in unterschiedlicher Weise weiterentwickelt und gewandelt hat. Hierüber ist in Situationsberichten aus Brandenburg an der Havel und Eisenhüttenstadt, Rostock und Stralsund zu lesen. Auch die Bereiche Stadtgeschichtsforschung und Stadtgeschichtsdarstellung werden im Heft durch Projektberichte u. a. aus Frankfurt/Oder und Jena berücksichtigt.

Umfangreich sind im neuen Heft die regelmäßig wiederkehrenden Übersichten, darunter die Liste der Sonderausstellungen zu „*Kriegsende, Neubeginn und Wiederaufbau vor 50 Jahren*.“ Die Bibliographie neuer stadgeschichtlicher Literatur umfaßt diesmal annähernd 500 Titel.



Neuauflage der Zeitschrift
„*Informationen zur modernen
Stadtgeschichte*“

Weitere Informationen:
Dr. phil. Christian Engeli
Telefon: 030/390 01-249

Bestellung:
siehe Bestellschein

Sparstrategien

Dokumentation einer Fachtagung des Difu und der KGSt

Weitere Informationen:
Dr. oec. Birgit Frischmuth
Telefon: 030/390 01-242

Bestellung:
siehe Bestellschein

Die Höhe der erforderlichen Ausgaben zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben steht nicht mehr in Einklang mit den verfügbaren Ressourcen. Damit steigt in den Städten, Gemeinden und Landkreisen der Zwang zu grundsätzlichen Veränderungen, die über traditionelle Optionen für den Ausgleich des Haushaltsbedarfs hinausgehen.

Die durch die „Macht der knappen Kassen“ erzwungene Suche nach tauglichen Maßnahmen und Vorgehensweisen zur Haushaltskonsolidierung wird zunehmend beeinflusst durch die Auseinandersetzung über eine Verwaltungsmodernisierung, insbesondere durch das „Neue Steuerungsmodell.“ So sehen immer mehr Kommunen im Brechen mit bisherigen Verwaltungsstrukturen sowie durch Einführung betriebswirtschaftlicher Prinzipien in das Verwaltungshandeln die Chance zur Effizienzsteigerung und damit für einen Haushaltsausgleich. Budgetierung, dezentrale Ressourcen- und Ergebnisverantwortung, *lean production*, *outsourcing*, *make or buy* oder *total quality management* sind die Schlagworte, unter denen über mittel- bis langfristige Wege der Haushaltssicherung diskutiert wird. Dabei gilt es vor allem Umsetzungsstrategien auszuloten.

Gleichwohl müssen Kommunalvertretungen und -verwaltungen vielerorts kurzfristige Einsparungen durchsetzen. Deshalb ist auch der Austausch über erprobte Formen und Stufen der Haushaltskonsolidierung notwendig.

Mit der Veranstaltung einer gemeinsamen Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) in Berlin wurde ein dreitägiges Forum einberufen, um all diese Vorgehensweisen, Handlungsansätze sowie die damit verbundenen Probleme in einem größeren Rahmen zu reflektieren und zu diskutieren.

Über 150 Teilnehmer aus Kommunen aller Bundesländer waren vom 15. bis 17. Mai 1995 in Berlin sowohl in den Plenartagungen als auch in den Arbeitsgruppen am Austausch beteiligt. Dabei standen folgende Themen im Mittelpunkt:

- Verhältnis zwischen Haushaltskonsolidierung und Neuem Steuerungsmodell,
- Reduzierung der Personalkosten,
- Probleme der Ausgliederung und der effizienten Nutzung kommunalen Vermögens,
- Aufgabenkritik als Verfahren zur Haushaltskonsolidierung,
- Verantwortung der Fachbereiche bei der Einführung der Budgetierung,
- Haushaltskonsolidierung als Führungs- und Motivationsproblem,
- Verantwortung der Politik bei der Durchsetzung von Sparmaßnahmen,
- Neue Formen der Aufgabenverteilung zwischen öffentlicher Verwaltung und Bürgerschaft.

Ein neuer Materialienband dokumentiert die wesentlichen Inhalte der Vorträge und Diskussionsbeiträge der Tagung. Er enthält neben Vortragsmanuskripten, Schaubildern, Thesenpapieren auch die Auswertungen der Arbeitsgruppendifussionen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Veranstaltung sind in einem Resümee dargestellt, das Prof. Dr. Heinrich Mäding (Institutsleiter des Deutschen Instituts für Urbanistik) unter dem Titel „Bedingungen einer erfolgreichen Konsolidierungspolitik der Kommunen“ verfaßt hat.

Stadtmarketing – eine Bestandsaufnahme

Aktuelle Information zum Thema Stadtmarketing

Stadtmarketing ist für die meisten Städte und Gemeinden ein ausgesprochen aktuelles Thema. Das zeigt sich schon daran, daß die kommunalen Stadtmarketing-Aktivitäten erst in den letzten drei Jahren richtig „angelaufen“ sind; drei Viertel aller Städte, die sich damit befassen, haben nach 1992 damit begonnen, jede dritte davon sogar erst 1995. Mehr als 80 Prozent der größeren Kommunen betreiben heute Stadtmarketing oder planen dies zumindest. Die wichtigsten Ziele des Stadtmarketing sehen die Akteure darin, ihre Städte und Gemeinden attraktiver zu machen, ihnen im Städtewettbewerb ein eigenes Profil zu geben und Kooperationen zwischen öffentlichen und Privaten zu fördern.

Dies sind erste Ergebnisse einer Umfrage zum Stadtmarketing in über 300 deutschen Städten und Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Knapp 250 der Angeschriebenen beantworteten die Fragen; eine genaue Übersicht über die Ergebnisse ermöglicht die *Aktuelle Information* des Difu. Eine Bestandsaufnahme zum jetzigen Zeitpunkt ist deswegen von Bedeutung, da die letzte umfassende Untersuchung – die auch breiter publiziert wurde – aus dem Jahr 1992 stammt. Gerade weil viele Städte und Gemeinden derzeit erhebliche Aktivitäten entwickeln, ist eine aktuelle Orientierungshilfe wichtig.

Die Bestandsaufnahme ist schon allein deswegen hilfreich, weil der Begriff Stadtmarketing sehr unterschiedlich verstanden wird. Das Verständnis von kommunalem Marketing reicht von reiner Standortwerbung oder PR-Arbeit bis hin zu umfassenden Vorstellungen einer kooperativen Stadtentwicklungspolitik. Zudem werden die Aktivitäten auch unterschiedlich etikettiert; City-Management, Standortmarketing oder Stadtkonzeption sind nur einige der Bezeichnungen (hinter denen sich wiederum verschiedene Zielsetzungen verbergen). Nur ein Teil der Städte und Gemeinden versteht unter Stadtmarketing ein umfassendes Konzept, das weniger die Werbung für die Stadt in den Mittelpunkt stellt, als vielmehr versucht, auf der Grundlage eines Leitbildes der Stadtentwicklung die Stadt und ihre Leistungen für die Bürger und die Wirtschaft attraktiver zu machen.

Auf der anderen Seite sind nicht wenige Städte ohne explizites Stadtmarketing in Bereichen aktiv, die sich durchaus dem Instrument Stadtmarketing zuordnen ließen. Es wäre auch nicht sinnvoll, wenn beispielsweise klassische Aufgaben der Wirtschaftsförderung lediglich das neue Etikett Stadtmarketing erhielten. Die neue Qualität des Stadtmarketing liegt nicht darin, die bisherigen Aktivitäten der Stadtentwicklungsplanung oder Wirtschaftsförderung

In folgenden Seminaren stehen noch einige Plätze zur Verfügung:

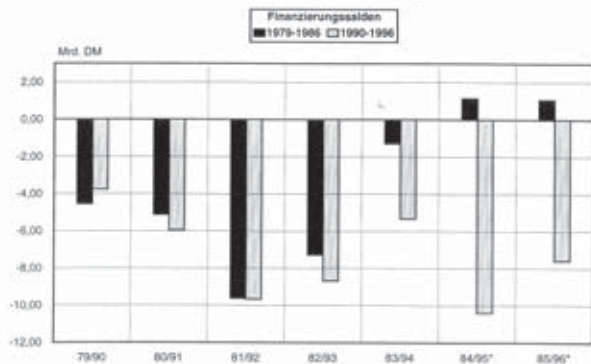
Bürgermitwirkung
Mehr Verantwortung für die Bürger?
(18.–21. März 1996)

Lärmschutz in der Stadt – Kommunale Strategien gegen den Lärm
(26.–29. Februar 1996)

Bitte richten Sie Ihre Anmeldung an:
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

Organisationssekretariat:
Eva Alber/Rosa Hackenberg
Telefon: 030/390 01-258/259

Entwicklung der kommunalen Finanzierungssalden im Vergleich zweier Zyklen



Quelle: Statistisches Bundesamt und DST; nur alle Bundesländer (Krankenhäuser mit kaufmännischen Rechnungswesen wurden nicht einbezogen) * = Schätzwerte des DST

Deutsches Institut für Urbanistik

Stadtmarketing

Die wichtigsten Ziele



Preisträger ausgewählt

Kommunalwissenschaftliche Prämienauszeichnung 1994

1994 schrieb die Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise zur Förderung der Kommunalwissenschaftlichen Prämien von insgesamt 10 000,- DM aus. 36 Abhandlungen für den Wettbewerb wurden eingereicht:

- 15 im Bereich Recht, Politik und Verwaltung,
- sieben im Bereich Sozialpolitik, Kulturpolitik und neuere Stadtgeschichte,
- sieben im Bereich Wirtschafts- und Finanzwissenschaften
- sowie ebenfalls sieben im Bereich Räumliche Planung und Stadtbauwesen.

Es sollten Arbeiten (insbesondere Dissertationen und Diplomarbeiten) ausgezeichnet werden, die kommunalwissenschaftlich besonders wertvoll sowie geeignet waren, der Praxis der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland neue Erkenntnisse zu vermitteln. Im Bereich Wirtschafts- und Finanzwissenschaften wurde keine prämienswürdige Arbeit ermittelt, so daß die dafür vorgesehene Preissumme den anderen drei Bereichen zugeschlagen wurde, in denen jeweils zwei Arbeiten ausgezeichnet werden konnten. Aufgrund der Begutachtung durch Experten des Deutschen Instituts für Urbanistik prämierte die Stiftung im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden sechs wissenschaftlich gleichwertige Abhandlungen, die Prämien in Höhe von je 1650,- DM erhielten:

Yvonne Ott,

Der Parlamentscharakter der Gemeindevertretung. Eine rechtsvergleichende Untersuchung der Qualität staatlicher und gemeindlicher Vertretungskörperschaften, jur. Diss., Frankfurt/Main 1994;

Manfred W. Riederle,

Kommunale Spitzenverbände im Gesetzgebungsverfahren – Ihre rechtliche Stellung am Beispiel des Freistaats Bayern, jur. Diss., Augsburg 1994;

Jürgen Büschenfeld,

Deutsche Flüsse oder deutsche Kloaken? – Städtehygiene und Gewässerschutz in Preußen (1870–1918) zwischen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Ein Beitrag zur historischen Umweltforschung, phil. Diss., Bielefeld 1994;

Birgit Schneider-Bönniger,

Die Kinder liegen buchstäblich aufeinander: Schule und Industrialisierung in Kamen 1847–1918, phil. Diss., Dortmund 1994;

Christine Bauhardt,

Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Eine feministische Analyse am Beispiel der Stadt Essen, phil. Diss., Essen 1994;

Dirk Thäle,

Die Regionalbahn im Industriellen Gartenreich, techn. Diplomarbeit, Hannover 1994.

Auch für 1995 sind Prämien von insgesamt 10 000,- DM ausgeschrieben worden. Merkblätter über die Teilnahmebedingungen können beim Deutschen Institut für Urbanistik angefordert werden.



Anläßlich des Projektabschlusses „Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas“ überreicht Difu-Mitarbeiterin Beata Häfner den beiden Vertretern des bulgarischen Umweltministeriums, Herrn Dr. Martin Dishovski und Frau Elena Muszewska, die in bulgarischer Sprache erschienenen Arbeitshilfen. Damit wurden im Rahmen des in Bulgarien, Tschechien und Ungarn durchgeführten Projekts 25 Veröffentlichungen in den jeweiligen Landessprachen herausgegeben und acht Seminare abgehalten.

Weitere Informationen:
Dipl.-Pol. Beata Häfner
Telefon: 030/390 01-101

Weitere Informationen zum Projekt:
Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/390 01-248
Dipl.-Geogr. Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/390 01-293

Bestellung der **Aktuellen Information** bitte nur schriftlich über Telefax: 030/390 01-100 oder per Briefpost an:
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

unter einer neuen Überschrift zu fassen oder sie neu zu organisieren. Die Innovation besteht vielmehr in der breiten Kooperation unterschiedlicher Akteure, der verstärkten Kommunikation der Maßnahmen in die Wirtschaft und Bürgerschaft und der klaren Projektorientierung auf der Basis einer offenen Diskussion der Stärken und Schwächen von Stadt, Verwaltung und Wirtschaft.

In der Aktuellen Information finden sich Ergebnisse aus der Umfrage zu

- dem Umfang, der Bezeichnung und dem Beginn von Stadtmarketing-Aktivitäten,
- den beteiligten Akteuren und externen Beratern,
- den Zielen und Zielgruppen der Aktivitäten,
- den wichtigsten Handlungs- und Politikfeldern (z.B. Wirtschaft, Kultur, Stadtgestaltung),

- den häufigsten Schwierigkeiten und Problemen und
- der generellen Einschätzung des Erfolges der Aktivitäten.

Die Umfrage und die Aktuelle Information sind Bestandteile eines größeren Projekts zum Thema Stadtmarketing, das 1996 abgeschlossen werden soll. Im Projektbericht werden u.a. die Umfrageergebnisse genauer (als dies in der Aktuellen Information möglich ist) interpretiert. Daneben ist vorgesehen, Stadtmarketing begrifflich und inhaltlich abzugrenzen und die Möglichkeiten und Beschränkungen des Instruments Stadtmarketing zu beschreiben. Am Beispiel von zwei untersuchten Fallstudienstädten – Trier und Friedrichshafen – sollen die Hemmnisse, vor allem aber die Chancen am konkreten Beispiel illustriert werden.

Perspektiven für das Städtische

Zur Funktion und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in Deutschland und Europa

Die dynamische Entwicklung deutscher und anderer europäischer Städte hat die Diskussion über Funktion und mögliche Wirkungen städtebaulicher Leitbilder auf der politischen und wissenschaftlich-fachlichen sowie auf der kommunalpraktischen Ebene neu entfacht. Vor dem Hintergrund gravierender ökonomischer, technischer und informationstechnologischer sowie gesellschaftlicher und sozialer Umwälzungen stellen sich nicht nur Fragen nach den Auswirkungen auf und den Anforderungen an die Stadtentwicklung. Auch die Steuerbarkeit des komplexen „Systems Stadt“ insgesamt ist zu diskutieren.

Damit rücken leitbildrelevante Grundmuster des bisherigen Städtebaus, mehr aber noch die Fragen nach zukünftigen Leitbildern, städtebaulichen Leitlinien und Entwicklungsentwürfen in den Vordergrund. Zu diskutieren ist unter anderem, ob Leitbilder tatsächlich als Vorgaben (Leitlinien) für die Stadtentwicklung dienen oder ob sie lediglich eine Anpassung an aktuelle Trends darstellen. Neue räumliche und ökonomische Betrachtungsebenen und Handlungsfelder wie Globalisierung, Europäisierung und Regionalisierung, aber auch neue Megastrukturen und Maßstabsvergrößerungen städtischer Projekte und Planungen

sowie eine zunehmende „Medialisierung“ führen zu veränderten Sichtweisen und beeinflussen die Debatte über städtebauliche Leitbilder.

In einem Symposium des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung sollen die wichtigsten Aspekte dieser Zusammenhänge und neue Ansätze städtebaulicher Leitbilder erörtert werden. Dabei geht es vor allem auch um den Vergleich mit der Situation in anderen europäischen Ländern.

Ziel des Symposiums ist es, Erkenntnisse über die Funktion und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder und deren Einfluß auf die Stadtentwicklungs- und Siedlungsflächenpolitik in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu gewinnen. Das Symposium dient daher vor allem dem Erfahrungsaustausch zwischen Experten aus Wissenschaft, Politik und kommunaler Praxis.

Im Rahmen städtebaulicher Exkursionen besteht die Möglichkeit, am 14. Juni bedeutende Stadtentwicklungsprojekte in Berlin und Potsdam zu besichtigen.

Städtebauliches Symposium des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung am 13. und 14. Juni 1996

Anmeldungen bitte an:
Deutsches Institut für Urbanistik,
Straße des 17. Juni 112,
10623 Berlin
Organisationssekretariat:
Frau Alber/Frau Kuhn,
Tel.: 030/390 01-258 oder -268,
Fax: 030/390 01-268

Das Symposium findet im Ernst-Reuter-Haus in Berlin statt.
Die Teilnahmegebühr (einschließlich Mittagessen, Exkursion sowie vorgesehener Veröffentlichung) beträgt 150,- DM

Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Heidede Becker
Telefon: 030/390 01-298
Dipl.-Soz. Robert Sander
Telefon: 030/390 01-267

Erster bundesweiter Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten am 18. und 19. Oktober 1995 in Frankfurt am Main

Der Erfahrungsaustausch über die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in Kommunen war das Thema des ersten bundesdeutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten. Mehr als 20 vorbildliche Projekte und Maßnahmen belegen die Bedeutung des Energiemanagements als wichtigen kosten-effizienten Ansatz im kommunalen Klimaschutz. In Workshops wurden die vorgestellten Ansätze vertieft und auf die Umsetzungschancen in weiteren Kommunen untersucht. Allein durch systematische Verbrauchs- und Kostenkontrolle, regelmäßige Anlagenüberwachung, Bediener- und Nutzerbetreuung können in der Regel fünf bis 15 Prozent der kommunalen Energiekosten eingespart werden.

Der Kongress wurde gemeinsam vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit, der hessenEnergie GmbH (Wiesbaden), vom Deutschen Institut für Urbanistik (Berlin), dem Institut für kommunale Wirtschaft und Umweltplanung (Darmstadt), dem Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. (Energieferrat) und von der Europäischen Geschäftsstelle des Klima-Bündnis/Alianza del Clima e.V. (Frankfurt a. M.) veranstaltet. Aufgrund der hohen Nachfrage ist eine Fortsetzung der erfolgreichen Veranstaltung geplant.

Weitere Informationen:
Projekt Kommunale Klimaschutzprogramme
Dipl.-Pol. Carlo Kallen
Telefon: 030/390 01-240
Dr.-Ing. Annett Fischer
Telefon: 030/390 01-110

Partizipation

Ein wichtiger Beitrag zum kommunalen Klimaschutz

Erfolg oder Mißerfolg kommunalen Handelns hängen wesentlich von der Verantwortungs- und Mitwirkungsbereitschaft der Bürger ab. Das bundesdeutsche Ziel der CO₂-Reduzierung um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 (Vergleichsjahr 1990) kann allein durch kommunales Handeln auf Verwaltungsebene nicht erreicht werden. Die Teilnahme der Bürger muß über die Mitsprache hinaus auch konkrete Unterstützungsleistungen einschließen, da die Kommunalpolitik auf solche Leistungen auch im Bereich des Klimaschutzes angewiesen ist. Da die Verantwortungs- und Mitwirkungsbereitschaft der Bürger auch im Klimaschutz begrenzt ist, müssen Kommunen nach Strategien suchen, diese zu stärken. Das Verkehrsforum in Heidelberg, die von der Umweltstiftung in Niedersachsen organisierten Zukunftswerkstätten, Energie-Foren und „Runde Tische“ – z. B. in Wuppertal, Osnabrück oder Regensburg – Energie-Beiräte und Energiewendegruppen sind nur einige Beispiele hierfür. Im Zusammenhang mit Ansätzen, die verschiedene lokale Akteure einbeziehen, sind Selbstverpflichtungen ein besonders von den „CO₂-Verursachern“ bevorzugtes Instrument zum Erreichen politisch gewünschter Ziele. Im Gegensatz zu Gesetzen und Verordnungen ermöglichen sie eine relativ große Gestaltungsfreiheit beim Durchführen zielkonformer Maßnahmen. Genau an diesem Punkt setzt die Arbeit der **Energie-Tische** an. Die Bürger sollen zur Erarbeitung eigener Handlungskonzepte zum Klimaschutz angeregt und bei der Umsetzung unterstützt werden. Ein Großteil der Bevölkerung stellt den Klimaschutz selbst wohl kaum in Frage. Doch oft bestehen große Informationsdefizite, die dazu führen, daß die Bürger ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten und deren Wirtschaftlichkeit nicht voll ausschöpfen.

Ein wichtiges Ziel der **Bundesweiten Kampagne zur freiwilligen CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern** besteht darin, mit dem Instrument Energie-Tisch nicht nur Haushalte, sondern auch Gewerbetreibende anzusprechen. Durch Energieberatungseinrichtungen in der Stadt ist es möglich, verbraucherbezogene Informationen in Haushalte zu tragen. Im Gegensatz dazu ist der Gewerbebereich aufgrund erforderlicher Spezialkenntnisse schwieriger handhabbar. Handwerker sind jedoch oftmals Ausführer von energiesparenden Techniken und können somit als Multiplikatoren für Energiesparziele wirken.

Seit dem Frühjahr 1995 läuft die von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Pilotphase, an der drei Modellstädte teilnehmen: Bensheim, Dessau und Heidelberg.

Im September 1995 kamen die Mitglieder des Energie-Tisches Dessau zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Sie analysieren systematisch Möglichkeiten der Energie(kosten)-einsparung für private Verbraucher. Weil das größte Einsparpotential im Bereich des Heizenergieverbrauchs liegt, wird dieser Teilbereich zum ersten Thema, um darüber ein Projekt für die Stadt Dessau zu konzipieren.

Sowohl die Teilnehmer des Energie-Tisches in Bensheim als auch die Heidelberger arbeiten zum Thema „Bauen und Sanieren“. Obwohl in Bensheim erst drei Sitzungen stattfanden, zeichnet sich ab, daß auch bei gleichen Themen die Schwerpunkte der Arbeit deutlich von den stadtspezifischen Bedingungen abhängen. Die Teilnehmer des Energie-Tisches in Bensheim entwickelten Strategien, um Bauherren zu motivieren, ihre Häuser auf einem von der Stadt ausgewiesenen Neubaugebiet in Niedrigenergiebauweise zu errichten.

Heidelberg setzte im März 1995 als erste Stadt einen Energie-Tisch in Gang. Die Stadt Heidelberg unternimmt selbst eine Reihe von Bemühungen, energieökologisches Bauen voranzubringen. Jedoch verfügt sie gegenüber privaten Bauherren nur über begrenzte Möglichkeiten. Aus diesem Grund wurde das Thema „Bauen und Sanieren“ für den Energie-Tisch ausgewählt. Es diskutieren Vertreter aus den verschiedensten Organisationen und Einrichtungen über Möglichkeiten, die Aspekte des Klimaschutzes beim Bauen und Sanieren zu berücksichtigen: Handwerker, Architekten, Hausbesitzervereinigungen, Wohnungsunternehmen, Stadtwerke, Verbraucherzentrale, Mieterverein, die Bürgervereinigung Energiewende und der BUND.

In der Diskussion betonten die Teilnehmer insbesondere zwei „Knackpunkte“. Zum einen sehen sie ein wesentliches Hemmnis für die Berücksichtigung und Umsetzung energieökologischer Aspekte in der unzureichenden Kommunikation und Informationsvermittlung zwischen Bauherren, Handwerkern und Architekten. Zum anderen wird dieses Defizit besonders deutlich im Bereich der Altbauinsanierung, da hier überwiegend

Maßnahmen durchgeführt werden, die weder der Baugenehmigung durch die Stadt noch der Mitarbeit eines Architekten bedürfen. Bei diesen Maßnahmen kommt es sehr stark auf die Informationsvermittlung durch Handwerker an. Das Problem dabei besteht nach Aussagen der Handwerker selbst auch darin, daß sie sich oft nicht in der Lage sehen, eine notwendige ganzheitliche Betrachtung des Sanierungsobjekts durchzuführen. Hinzu kommt, daß auch bei den Bauherren ein Informationsdefizit – insbesondere zur Wirtschaftlichkeit einzelner Maßnahmen – besteht. Der oft enge finanzielle Spielraum der Bauherren wird im Bereich des Mietwohnungsbaus noch dadurch verstärkt, daß der Nutzen energiesparender Maßnahmen den Mietern und nicht den Vermietern zugute kommt.

Naturschutz

Der heutige Naturschutz befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen zwei Polen: Einerseits wird seine Bedeutung und Notwendigkeit zunehmend anerkannt. Der Großteil der Bevölkerung ist durch den steigenden Artenschwund und das Waldsterben beunruhigt. In den Medien wird seit Jahren intensiv über Umwelt- und Naturzerstörungen berichtet, die Naturschutzvereine weisen steigende Mitgliederzahlen auf. Diese werden durch die verstärkte Spendentätigkeit der Bundesbürger zunehmend finanziell unterstützt.

Andererseits hat der Naturschutz ein negatives Image, da der Schwerpunkt der Aktivitäten nach wie vor lediglich in der Behinderung oder Verhinderung landwirtschafts- und naturzerstörender Vorhaben liegt. Da hinter den meisten Nutzungsansprüchen konkrete materielle Ansprüche wie die Sicherung und Erhöhung von Einkommen oder – noch bedeutender – der Erhalt von Arbeitsplätzen stehen, findet die allgemeine Anerkennung des Naturschutzes in der politischen Umsetzung nach wie vor nur wenig Resonanz.

Das Themenheft Naturschutz ergänzt die Serie „Dokumentation ausgewählter Umweltliteratur“:

- Es wird ein Überblick über die historische Entwicklung des Naturschutzes in Deutschland, die aktuellen Probleme und die bisherigen Ergebnisse gegeben.

Zur Lösung der aufgeworfenen Fragen erarbeiten die Teilnehmer des Energie-Tisches ein Konzept für ein gemeinsames Beratungsangebot, in das sowohl Handwerker und Architekten als auch bestehende Beratungseinrichtungen der Stadt Heidelberg eingebunden sein werden.

Nach Abschluß der Pilotphase der Kampagne wird eine Auswertung vorgenommen. Die im Lauf der Zeit gewonnenen Erfahrungen fließen in die nächste Projektphase ein, in der weitere Kommunen die Möglichkeit haben werden, mit Hilfe des Instruments Energie-Tisch CO₂-Minderungspotentiale auch außerhalb ihres direkten Zuständigkeitsbereichs zu erschließen.

- Einer ausführlichen Beschreibung der gesetzlichen Grundlagen des Naturschutzes folgt die Schilderung der administrativen Strukturen des Naturschutzes, wobei insbesondere die kommunalen Aspekte und Möglichkeiten hervorgehoben werden.
- Im Anschluß daran folgt ein Abriss über die Methodik und Arbeitsweise des Naturschutzes.
- Abschließend werden die Defizite des Naturschutzes und der Landschaftspflege und ihre Ursachen näher beleuchtet sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen und Forderungen beschrieben.

Neben dem Fachaufsatz enthält das Themenheft weiterhin:

- Adressen der Veranstalter von Fortbildungen, Tagungen und Seminaren zum Thema Naturschutz;
- Hinweise auf wichtige Zeitschriften, die regelmäßig über das Thema Naturschutz berichten;
- Wegweiser zu Literatur zum Thema Naturschutz, sortiert nach Schwerpunktthemen und spezieller Literatur aus den Bundesländern und aus den Kommunen.

Die Veröffentlichung entstand im Rahmen des Projekts „Entwicklung eines Informations- und Beratungsangebots für den kommunalen Umweltschutz in den neuen Bundesländern“, das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und dem Umweltbundesamt (UBA) finanziert und von den kommunalen Spitzenverbänden mitgetragen wird.

Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Annett Fischer
Telefon: 030/390 01-110

Einführung und Wegweiser zu Adressen, Zeitschriften, Literatur

Herausgeber
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion und Layout
Cornelia Schmidt
Isabell Stode
Sybille Wenke-Thiem
(verantwortlich)

Pressestelle
Telefon (030) 390 01-208/209
Telefax (030) 390 01-130

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abdruck
Frei – Belegexemplar(e)
erbeten

Die „Berichte“ werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Angela Brockmann
Telefon: 030/390 01-207

Bestellung:
siehe Bestellschein